

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petittelle oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Nationalismus und Internationalismus.

I.

... Bekanntlich spielt der Internationalismus der modernen Arbeiterbewegung die Rolle eines Schreckgespenstes und die Internationalität der „vaterlandslosen“ Sozialdemokratie erscheint jedesmal auf der Wildflucht, wenn es gilt, die indifferente Masse grauen zu machen. Die Proletariat, so heißt es, haben kein Gefühl für Volk und Vaterland, sie vertreten und unterstützen die Interessen des Auslandes und vernachlässigen die Wohlfahrt ihres eigenen Landes. Das ist natürlich blühender Unsinn, aber immer wieder gehen die Gegner damit los. Da möchte es denn wohl angebracht sein, einmal von der blauen und goldenen Internationale zu sprechen, weil die bürgerliche Presse den Internationalismus der Oberschichten mit dem Mantel der Liebe zudeckt, wenn sie sich über die rote Internationale auch noch so sehr entzweit.

Es ist bekannt, daß die deutschen Fürsten, allen voran der deutsche Kaiser, alljährlich mehrmals internationale Herbrüderungsfeste feiern, indem sie ausländische Fürsten besuchen oder sich von ihnen besuchen lassen. Dann werden Neben geschwungen, in denen die Freundschaft und Internationalität gefeiert wird, die wie ein festes Band die Fürsten und Völker umschlingt. Das findet man ganz in der Ordnung, wenn aber die Arbeiter der verschiedenen Länder sich gegenseitig ihrer Sympathie und ihrer Solidarität versichern, so schimpft man über die vaterlandslose Motte.

In der Berliner vornehmen Gesellschaft, so hat eine englische Zeitung entdeckt, herrscht das nichtdeutsche Element vor. „Mit einer oder zwei Ausnahmen sind die Damen, die ein großes Haus führen, Ausländerinnen von Geburt. Die erste politische Gastgeberin des Reiches, die Fürstin von Bülow, ist eine geborene Italienerin, eine Prinzessin von Saxe-Coburg, eine Frau von entzückender Liebenswürdigkeit, in deren Adern infolge ihrer Abstammung von dem historischen angloitalienischen Hause der Acton auch britisches Blut fließt. Die Fürstin Händel von Donnersmarck, die Gattin des bekannten Multimillionärs und schlesischen Minenmagnaten, die wegen ihrer Juwelen und ihrer prächtigen Hofroben einen besonderen Ruf genießt, ist eine Russin. Die schöne und lebensprühende Fürstin Pleß ist eine Engländerin, die Schwester der Herzogin von Westminster und gleich dieser mit dem größten Grundbesitzer seines Landes vermählt. Die Herzogin von Ratibor, eine bekannte Brünnetten und ein Liebling der Gesellschaft, ist ebenfalls eine Engländerin. Die Fürstin zu Fürstberg, des Kaisers Gastgeberin in Donaueschingen, ist eine böhmische Gräfin, und Amerika hat eine scharmante Vertreterin in der Gräfin Johanna Sierstorff, die in New York Miß Ruokolton hieß.“

Die hohen Herren sind eben international und nehmen ausländische Frauen, wenn diese Geld haben. Und auch die vielgerühmten blonden deutschen Jungfrauen heiraten Ausländer, wenn sie eine Partie machen können. Dann reifen sie auf ihr Vaterland und ihr deutschtum. Ein Beispiel möge dies beweisen. Im Jahre 1900 hatte ein russischer Großfürst mehrere Herren von der deutschen Volkshaft in Petersburg beleidigt. Der damalige Volkshäfter, Fürst Radolin, wollte die Sache wieder einrenken und wandte sich an die Gemahlin des Großfürsten, eine frühere medlenburgische Prinzessin. Er appellierte an ihre deutsche Abstammung, mußte aber zu seiner Überraschung erfahren, daß die hohe Dame jede Vermittlung ablehnte mit der Begründung, sie sei keine deutsche Prinzessin, sondern eine russische Großfürstin. Diese Blüte des Obortritenlandes hatte sich früher von den Untertanen ernähren lassen, sie hatte sich auf dem Wege der Prinzessinnensteuer eine Aussteuer zusammengeschnorrt, dann aber war ihr deutschtum zum Teufel gegangen. Das ist eine Geschichte von jaßlosen. Die deutsche Prinzessin, die sich an einen russischen Großfürsten oder an irgendeinen anderen ausländischen Magnaten verheiratet und dann keine deutsche Prinzessin mehr ist, sondern sich nur noch als Ausländerin ausweist, ist keine Ausnahme. Seltenste Ausnahme ist vielleicht die Prinzessin, die auch dann noch deutsch denkt und fühlt. Und in diesen selben Kreisen, in denen man um oft fragwürdiger äußerer Vorteile willen Religion und Nationalität, vaterländische Gesinnung und Anhänglichkeit an die Heimat von sich wirft, als ob es sich um wertlosen Müll handelt — in dieser selben Gesellschaft spricht

man von Verrat an den heiligsten Gütern, wenn die Arbeiter sich bemühen, auf dem Wege internationaler Verständigung ihre Lage zu verbessern oder Einfluß auf politische Vorgänge zu gewinnen.

Die soeben ein wenig gekennzeichneten Herrschaften, die in der ganzen Welt zu Hause und mit der halben Welt verwandt oder verschwägert sind, pflegen, wenn sie das Volk, „die Untertanen“, zum Schutze von Thron und Altar aufsuchen, auf die rote Internationale zu schelten. Weit internationaler aber als die „rote“ ist die „blaue“ Internationale, die von dem hohen und höchsten Adel gebildet wird. Diese Internationale fühlt sich eben dort am wohlsten, wo sie die meisten Privilegien genießt.

Man denke, von verschiedenen regierenden Häusern zu schweigen, an die Hohenlohe. Der eine war deutscher Reichskanzler. Von seinen drei Brüdern war der erste ein preußischer Herzog, der zweite Oberhofmeister des Kaisers von Oesterreich, und der dritte ein römischer Kardinal. Mehrere deutsche Ständeherrn, die Fürstenberg z. B., sind dadurch, daß ihre weitläufigen Besitzungen nicht nur in den verschiedensten Teilen des Deutschen Reiches, sondern auch in Oesterreich-Ungarn liegen, erbliche Gesetzgeber sowohl in Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen als auch in Oesterreich und früher auch in Ungarn. In Ungarn hat man vor mehreren Jahren durch ein besonderes Gesetz dem bisher von alterher bestehenden Brauche ein Ende gemacht, daß Adelige, die sich ständig in anderen Ländern aufhielten, gleichzeitig Mitglieder des ungarischen Oberhauses sein konnten. In Oesterreich und in den deutschen Ländern aber ist dieser erhebende Brauch noch heute Gesetz. Der vor etwa einem Jahrzehnt in Berlin verstorbene Herzog von Sagan und Balençah war als Herzog von Balençah Franzose und als Herzog von Sagan Preuze mit erblichem Sitze im preußischen Herrenhause. Er, der seinem ganzen Wesen und seiner ganzen Denkart nach Franzose war, hätte, wenn er dazu geneigt gewesen wäre, eifrig daran teilnehmen dürfen, der preußischen Monarchie Gesetze zu geben.

Ähnlich ist es um die Herzöge von Arenberg bestellt. Zu den Familien der internationalen Aristokratie gehörend, besitzen die d'Arenberg immense Güterkomplexe in Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Italien und Oesterreich. Einige Mitglieder dieser Familie sind ganz Franzosen geworden, so Prinzessin d'Arenberg, Präsidentin der Zentral-Kommission der Arbeitervereine in Berlin, so Prince d'Arenberg, französischer Abgeordneter, und sein Bruder Prince Ernest d'Arenberg, französischer Reserveleutnant. Der Chef des Hauses, Herzog Engelbert von Arenberg, gehört allerdings dem preußischen Herrenhause als erbliches Mitglied an, kann aber keineswegs als Deutscher betrachtet werden. Er ist in Oesterreich geboren, seine Mutter war keine Deutsche, er ist in Belgien erzogen und hat eine französische Erziehung genossen. Seine Frau ist eine Belgierin, mit der er in Brüssel ein großartiges Schloß bewohnt, in Deutschland, wo er sich im Münsterlande ein Schloß gekauft hat, hat er sich nur höchst selten aufgehalten; seit einiger Zeit bewohnt er hin und wieder dieses Schloß. Diesen „echtdeutschen“ Mann hat das Zentrum als Reichstagskandidaten aufgestellt, dasselbe Zentrum, das den Internationalismus der Sozialdemokratie gar nicht genug verurteilen kann. Und das fromme katholische Volk hat diesen „ultramontanen Deutschen“ in den Reichstag gewählt, damit er dort die Interessen des Volkes vertreten soll. Ist das nicht zum Gundeheulen?! Und klingt es nicht unendlich komisch, wenn wir lesen, daß es Bischöfe gibt, deren Besitz teils in Preußen, teils in Oesterreich liegt, so daß sie beim Ausbruch eines Krieges zwischen diesen beiden Mächten bald für den Sieg der preußischen, bald für den Sieg der österreichischen Waffen beten müssen. Was soll da der Herrgott machen!!!

Und wie mit der blauen, so sieht es auch mit der goldenen Internationale aus. Das Kapital hat längst die nationalen Grenzen überschritten und ist international geworden. Die Bank- und Handelshäuser haben ihre Filialen in aller Herren Länder, sie verleihen Geld und liefern Ware an alle, die zahlen können, und auch die Industrie hat längst den nationalen Rahmen gesprengt. Deutsche Kanonen und deutsche Gewehre werden in Masse an die Feinde Deutschlands verkauft und während eines Krieges verprobantieren die national gesinnten Geschäftsleute, ohne eine Miene zu verziehen, das feindliche Geer. Und kalten Blutes ziehen die Unternehmer und Betriebe aus-

ländische Arbeiter ins Land hinein, die den einheimischen Arbeitslosen das Brot vor dem Munde wegnehmen.

Und dabei magt es diese Sippe, die dem Grundsatz huldigt: „Wo ich Geld verdiene, da ist mein Vaterland!“ dem modernen kämpfenden Proletariat Vaterlandslosigkeit vorzuwerfen!

Von der Holzindustrie in Bayern.

II. (Schluß)

Im Hinblick auf die immer noch vorkommende Erscheinung, daß Maschinenfabriken neue Maschinen und Apparate ohne ausreichende Schutzvorrichtungen liefern, macht der Beamte für Unterfranken einige interessante Bemerkungen. Er betont, daß sich in dieser Beziehung jeder Betriebsinhaber selbst beim Abschluß des Kaufvertrages sichern kann. Der Gewerbeinspektor selbst, wie auch die berufsgenossenschaftlichen Organe empfehlen den Betriebsunternehmern, in den Lieferungsvertrag eine Bestimmung aufzunehmen, durch welche der Maschinenlieferant die Schutzpflichtung übernimmt, alle Maschinen und Apparate mit den allgemein üblichen und den von der einschlägigen Berufsgenossenschaft für diese vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen zu versehen. Fehlende oder mangelhaft gelieferte Schutzvorrichtungen müssen ohne weitere Kostenaufrechnung in bölig zweckentsprechender Weise nachgeliefert oder ebenso verbessert werden. Es läßt sich nicht bestreiten, daß bei allgemeiner Befolgung dieses Ratsschlages in bezug auf den Unfallschutz manches besser würde.

Die vielfach verbreitete Ansicht, daß sich die meisten Unfälle am Montag ereignen, wird durch eine Statistik widerlegt, welche der Beamte für Unterfranken aufgenommen hat. Danach ereigneten sich am Montag 176 Unfälle, Dienstag 182, Mittwoch 161, Donnerstag 177, Freitag 187, Samstag 188, Sonntag 20. Bezüglich der Tageszeit ergab diese Statistik, daß 213 Unfälle in der Zeit von 6 bis 9 Uhr früh, 332 von 9—12 Uhr vormittags, 254 von 12 bis 4 Uhr nachmittags, 220 von 4—7 Uhr abends und 36 in der Zeit von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens vorkamen. Bei 60 Unfällen war die genaue Zeit nicht zu ermitteln. Diese Zahlen weisen eine solche Unregelmäßigkeit auf, daß bestimmte Schlüsse aus ihnen kaum zu ziehen sein dürften.

Auf die Gefahren, die bei der Verarbeitung von Zelluloid drohen, weist ein Fall hin, den der Beamte für Mittelfranken berichtet, der aber zum Glück keine ernstlichen Folgen nach sich zog. In einer kleinen Kammfabrik geriet eine dünne, minderwertige Zelluloidplatte durch das trockene Zerlegen mittels, vermutlich abgenutzter, Preissäge in Brand, welcher sich mit Möglichkeit auf die Abfälle und nebenanliegenden Zelluloidwaren ausdehnte. Um den aus solchen Umständen entstehenden Gefahren vorzubeugen, wird die Herstellung genügender Ausgänge, möglichst feuerfichere Lagerung des Zelluloids, der Beleuchtung und Heizung, die stete Bereithaltung von mit Wasser gefüllten Behältern und die tunlichste Bearbeitung des Zelluloids unter Aufstropfen von Wasser empfohlen. Auch der Beamte für Unterfranken halte Veranlassung, in einer Zelluloidfabrik ähnliche Sicherheitsmaßregeln anzuordnen.

Bei der verhältnismäßig starken Verbreitung der Birsten- und Pinselindustrie in Bayern spielt die Mißbrandgefahr und ihre Bekämpfung in den Berichten der Gewerbeinspektoren eine erhebliche Rolle. Insgesamt kamen im verfloffenen Jahre 8 Fälle von Mißbrandberufung vor, von welchen 2 tödlich verliefen. Von den Erkrankungen treffen 5 auf die Pinselindustrie, 2 auf die Mißhaarspinnerei, 1 auf die Lederbearbeitung. Die 5 Erkrankungen in der Pinselindustrie ereigneten sich sämtlich in Mittelfranken (Münchberg). In einem Fall, der tödlich verlief, hatte der Arbeiter graue Vorsten vermischt mit weißen, aus Italien bezogenen Vorsten verarbeitet. Bei der bakteriologischen Untersuchung ergab sich, daß die aus dem Ausland bezogenen Vorsten, obwohl sie nachweislich in der städtischen Desinfektionsanstalt Münchberg desinfiziert waren, Mißbrandsporen enthielten. Auch in einem anderen Fall, wo die erkrankte Arbeiterin imitierte Dachshaare (ausländische Ziegenhaare) verarbeitet hatte, konnte nachgewiesen werden, daß dieses Material vorschriftsmäßig desinfiziert worden war. Auch hier fanden sich Mißbrandsporen. Dagegen waren bei den übrigen Fällen in dem verdächtigen Material die Krankheitserreger nicht nachzuweisen. Die erst erwähnten Fälle lassen darauf schließen, daß die geltenden Vorschriften bezüglich der Desinfektion des Materials nicht ausreichen. Merkwürdig ist nur, daß die Gewerbeinspektion zu der Frage, die sich doch notwendig aus den erwähnten Fällen aufdrängt, in welcher Weise für

einen ausreichenden Schutz gegen die Milzbrandgefahr gesorgt werden kann, nicht Stellung nimmt, wenn auch die Tatsache selbst von dem zuständigen Beamten sowohl als auch von dem Zentralinspektor besonders hervorgehoben wird.

Der Vollzug der Reichsanzeigerbekanntmachung betreffend Desinfektion läßt übrigens, wie der Bericht aus der Pfalz hervorhebt, immer noch zu wünschen übrig. Mit einigen Bürstenfabriken, heißt es im Bericht, sind noch Verhandlungen über vorschriftsmäßige Desinfektionsräume im Gange. In einem solchen Betriebe konnte beobachtet werden, daß Kästen, in welchen un desinfizierte chinesische Borsten eingepackt waren, zum Versand desinfizierter Borsten verwendet wurden. Im gleichen Bezirk wurden ein Bürstenfabrikant sowie dessen Betriebsleiter zu Geldstrafen von 40 bzw. 5 Mk. verurteilt. Auch im Bezirk Mittelfranken wurde ein Arbeitgeber wegen Verarbeitung einer kleinen Sendung un desinfizierter chinesischer Ziegenhaare mit 40 Mk. bestraft. Daß solche Strafen abschreckend wirken, wird man gerade nicht behaupten können und doch wäre es im Interesse der intensiven Bekämpfung der heintürkischen Milzbrandkrankheit dringend erforderlich, daß gegen Verstöße gegen die Milzbrandverordnung mit un nachsichtlicher Strenge vorgegangen wird.

Eine nicht gerade besonders häufige Berufskrankheit ist die Poliererkrähe. Ein Fall dieser Krankheit wurde in der Pfalz konstatiert. Der Bericht meldet lakonisch, daß die Firma deswegen das Arbeitsverhältnis mit dem betreffenden Polierer auflöste. Dieses Mittel ist ja einfach und radikal; zweckmäßiger wäre es, unseres Erachtens auch vom Standpunkt der Gewerbeinspektion, wenn der Ursache der Erkrankung nachgegangen und Vorbeugung getroffen worden wäre, sie zu beseitigen.

Eine verdeckte Umgehung des Verbots, den Lohn im Wirtshaus auszuzahlen, wurde in einem Dampfsgewerk in Oberfranken angetroffen. Dort erhielten die Arbeiter ihren Lohn am Schluß der Woche häufig in einer Summe ausgezahlt, welche sie dann unter sich zu verteilen hatten. Diese Verteilung geschah wegen der Beschaffung des nötigen Kleingeldes in einem nahegelegenen Wirtshaus, wo alsdann hauptsächlich von den jungen Arbeitern sogleich ein erheblicher Teil des Lohnes verunken und verspielt wurde. Auf eine von den Eltern dieser Arbeiter veranlaßte Beschwerde hin wurde der Besitzer bestraft, jedem einzelnen Arbeiter den auf ihn treffenden Lohn im Fabrikkontor auszubezahlen.

Zum Schluß seien noch einige in den Berichten erwähnte Wohlfahrts-Einrichtungen angeführt, die ja in den Betrieben der Holzindustrie im allgemeinen ziemlich selten angetroffen werden. So wird von einer Hutformenfabrik in München berichtet, daß sie ihren Arbeitern nach zweijähriger Arbeitszeit 8 Tage Urlaub mit Fortbezahlung des Lohnes gewährt. Dieselbe Firma vergütet nach fünfjähriger Arbeit alljährlich die von den Arbeitern gezahlten Invalidenversicherungsbeiträge zurück. Freiwillige Spareinlagen der Arbeiter werden von dieser Firma mit 10 Proz. verzinst. Ferien unter Fortzahlung des Lohnes, und zwar für die Dauer von 3 Tagen nach dreijähriger Dienstzeit sind in den Vereinigten Pinsel- und Bürstenfabriken eingeführt; und in der Bürstenfabrik Aktiengesellschaft Erlangen erhalten die Arbeiter nach zehnjähriger Dienstzeit 3 Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes, und 3 Mk. täglicher Zulage. Eine Stiftung im Betrage von 10 000 Mk., deren Zinsen zur Unterstützung hilfsbedürftiger Arbeiter und Arbeiterinnen dienen soll, welche mindestens 10 Jahre im Dienste der Mühlenerzeugnissefabrik Heinrichmeier u. Wünsch in Rothenburg o. d. T. stehen, machte der Mitinhaber dieser Firma, Herr Hans Heinrichmeier. Es ist ja recht anerkennenswert, daß in diesem Betrieb von dem reichen Gewinn, den die Fabrikation abwirft, auch den Arbeitern, wenn auch auf indirektem Wege, etwas wiedergezahlt wird. Wir würden es aber noch viel höher anerkennen, und wir glauben uns in dieser Beziehung in vollem Einverständnis mit den beteiligten Arbeitern zu befinden, wenn die Firma auf diese Stiftung verzichtet und statt dessen die recht mageren Löhne ein wenig aufgebessert hätte.

Aus den Jahresberichten der Holz- und Musikinstrumenten-Berufsgenossenschaften über Unfallverhütung.

Die Schuld der Arbeiter an den Unfällen.

In allen Berichten finden wir Klagen darüber, daß die Arbeiter zu wenig auf die Verhütung von Unfällen bedacht seien. So heißt es in dem Bericht der Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie:

Die Versicherten verhielten sich zwar nicht direkt ablehnend gegen die von den technischen Aufsichtsbeamten getroffenen Schutzmaßnahmen, doch hatten die Beamten der Sektionen 2 und 3 öfters über Nichtbenutzung und Beseitigung vorhandener Schutzvorrichtungen durch die Versicherten zu klagen.

Der technische Aufsichtsbeamte der Sächsischen Holz-Berufsgenossenschaft berichtet:

Er habe in vielen Fällen beobachtet, daß die Versicherten den Maßnahmen für Unfallverhütung recht wenig Verständnis entgegenbrachten. Viele sahen wohl ein, welche gute Wirkung die Schutzvorrichtungen hatten, sie benutzten sie jedoch aus Nachlässigkeit oder Bequemlichkeit überhaupt nicht oder nicht ordnungsgemäß. Andere wieder, und zwar zumeist solche Maschinen-

arbeiter, die dabei betroffen wurden, daß sie vorhandene Schutzvorrichtungen beiseite gestellt hatten, erwiderten auf Vorhalt, daß sie damit überhaupt nicht arbeiten könnten. Diesen mußte erst direkt vor Augen geführt werden, daß das Arbeiten mit der Schutzvorrichtung recht gut anging.

Ebenso beschwert sich der technische Aufsichtsbeamte der Bayerischen Holzindustrie-Berufsgenossenschaft. Er hat herausgefunden: Die im Besetze vorgesehene Strafe gegen die Arbeiter sei nicht ausreichend genug; außerdem schreie der passive Widerstand der Krankenkassen davon ab, sie zu gebrauchen. — Endlich verweist der technische Aufsichtsbeamte in der Sektion 2 (Waden) der Südwestdeutschen Holz-Berufsgenossenschaft auf das Kapitel: „Schuldfrage zu den Unfällen“, aus dem ohne weiteres ersichtlich sei, daß die Versicherten Gleichgültigkeit und zum Teil offenen Widerstand gegen die Befolgung der vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen zeigen.

In der Tat lautet dieses Kapitel sehr ungünstig für die Arbeiter. So in dem Bericht der Musikinstrumenten-Berufsgenossenschaft:

Ein technischer Aufsichtsbeamter, der an der Verarbeitung der Unfälle teilnahm, bezeichnete als allgemeine Ursachen der Unfälle: Lässigkeit der Versicherten, ungeübte Arbeiter und Entfernung der Schutzvorrichtung von den Maschinen.

In dem Bericht der Sächsischen Holz-Berufsgenossenschaft:

Von den 12 schweren durch Maschinen veranlaßten Unfällen sind zurückzuführen:

- 3 auf unglücklichen Zufall,
- 1 auf nicht vorhandene Schutzvorrichtung,
- 1 auf ungenügende Unterweisung eines ungeübten Arbeiters,
- 7 auf unterlassene oder nicht ordnungsgemäße Anwendung vorhandener Schutzvorrichtungen durch die Arbeiter.

Auch im allgemeinen waren bei allen, durch Maschinen und maschinelle Einrichtungen herbeigeführten Unfällen ganz ähnliche Verhältnisse festzustellen.

In dem Bericht der Südwestdeutschen Holz-Berufsgenossenschaft, Sektion 1: Württemberg und Hohenzollern:

Ursachen der Unfälle:

- in 10 Fällen Schuld des Arbeitgebers,
- in 171 Fällen Schuld des Arbeiters,
- in 3 Fällen Schuld des Arbeitgebers und Arbeiters zugleich,
- in 4 Fällen Schuld der Mitarbeiter und anderer Personen,
- in 84 Fällen unvermeidliche Betriebsgefahr,
- in 45 Fällen sonstige Ursachen (höhere Gewalt, Zufälligkeit usw.)

Sektion 2 (Baden):

- in 110 Fällen Schuld der Arbeitgeber,
- in 113 Fällen Schuld der Arbeiter,
- in 9 Fällen Schuld der Nebenarbeiter,
- in 74 Fällen unvermeidliche Betriebsgefahr,
- in 4 Fällen sonstige Ursachen.

Sektion 3 (Hessen):

- in 38 Fällen Schuld des Arbeitgebers,
- in 26 Fällen Schuld des Arbeiters,
- in 2 Fällen Schuld der Nebenarbeiter,
- in 26 Fällen unvermeidliche Betriebsgefahr,
- in 6 Fällen sonstige Ursachen.

Vergleichen wir die Zahlen aus den einzelnen Berichten miteinander, dann fällt uns auf, daß in den beiden ersten Berichten die Zahlen für die Arbeitgeber viel günstiger und für die Arbeiter viel ungünstiger sind als die Zahlen in den beiden letzten Berichten. Dabei liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß die Verhältnisse in den beiden ersten Bezirken ganz anders seien als in den beiden letzten Bezirken. Vielmehr müssen wir vermuten, daß die Abweichungen durch eine verschiedene Würdigung der Umstände entstanden sind, die bei der Beantwortung der Schuldfrage in Betracht kommen.

In der Regel geben die Betriebsleiter Auskunft über die Umstände, die sich auf den Unfall beziehen. Selbstverständlich sind die Betriebsleiter bemüht, sich von dem Vorwurf, daß sie den Unfall verschuldet hätten, freizuhalten. Aus diesem Grunde sind sie schnell mit der Behauptung zur Stelle, daß der Verunglückte durch eigene Unvorsichtigkeit usw. den Unfall herbeigeführt habe. Mitarbeiter des Verunglückten aber wagen oft genug nicht, den unrichtigen Behauptungen des Betriebsleiters zu widersprechen. Unter diesen Umständen kommen, wenn die Sache möglichst oberflächlich gemacht wird, die großen Zahlen in der Abteilung: Schuld der Verunglückten, zustande.

Bezeichnend ist eine Mitteilung in dem Berichte über die Sektion 2 (Waden) der Südwestdeutschen Holz-Berufsgenossenschaft. Wegen Verstöße der Arbeiter gegen die Unfallverhütungsvorschriften wurden in mehreren Fällen Strafen verfügt. In 4 Fällen mußten die Strafverfügungen zurückgezogen werden. Die Anträge auf Bestrafung waren gestellt auf Grund der Angaben in den Unfalluntersuchungsprotokollen. Als aber die Behörden über die Angaben nähere Erkundigungen einzogen, stellte sich heraus, „daß der im Protokoll geschilderte Vorgang beim Unfall vollständig den Tatsachen zuwiderliefe“. Es ist dies, heißt es dazu in dem Bericht, „ein neuer Beweis mangelnder Sorgfalt bei der Vornahme der Unfalluntersuchungen“.

Damit wollen wir freilich nicht behaupten, daß die Arbeiter immer die nötige Aufmerksamkeit den Maß-

nahmen zur Verhütung der Unfälle zuwenden. Vielmehr sind auch wir davon überzeugt, daß die Arbeiter selbst immer mehr im Interesse der Unfallverhütung tun müssen. Deshalb empfehlen wir den Arbeitern, die folgende Stelle aus dem Bericht der Bayerischen Holzindustrie-Berufsgenossenschaft zu beherzigen: Eine allzugroße Zahl der Unfälle ist auf Lässigkeit, nicht zum wenigsten der Versicherten zurückzuführen, die leider oft genug noch in ihrer Handlungsweise von ungeschickten Unternehmern befaßt werden. Die Hauptursache liegt in der wachsenden Vertrautheit mit der Gefahr und in der falschen Sicherheit, in die das verhältnismäßig lange Ausbleiben eines Unfalls die Leute wiegt. Ist doch fast ständig der Einwand zu hören, daß das Werk so und solange betrieben wird, ohne daß etwas passiert; streckt doch oft genug der Arbeiter, den der Beamte wegen Nichtverwendung einer Schutzvorrichtung verwahrt hatte, dem Warner die noch gesunde Hand entgegen mit dem Hinweis darauf, daß ihm trotz jahrelanger Beschäftigung an der Maschine noch alles heil geblieben sei. In einem Falle hatte ein Unternehmer bei einer früheren Revision die Verwahrung seiner Transmission, die der Beamte gefordert hatte, als höchst überflüssig bezeichnet und sie auch nicht ausgeführt — einige Zeit später büßte er gerade durch einen Unfall an der kritischen Stelle seine beiden Füße ein.

Erfreulicherweise dringt aber auch die Aufklärung über die Bedeutung der Unfallverhütung in immer weitere Kreise der Arbeiter. Das muß sogar der Bericht über die Sektion 1 (Württemberg und Hohenzollern) der Südwestdeutschen Holz-Berufsgenossenschaft bestätigen. Es heißt dort: Ausgenommen einige wenige Fälle, in denen von den Arbeitern eine vorhandene zweckentsprechende Schutzvorrichtung angeblich, weil sie bei der Arbeit hinderlich sei, entfernt wurde, kann ein gegensätzliches Verhalten der Arbeiter zu den Anordnungen der Aufsichtsbeamten in bezug auf die Anbringung und Verwendung der Schutzvorrichtungen nicht festgestellt werden. Im Gegenteil zeigen die Versicherten fortgesetzt ein lebhaftes Interesse an Schutzvorrichtungen, wozu sie neuerdings auch von den Vertretern ihrer Organisation angehalten werden. — Auf diesem Wege gilt es auch, fernschin immer weiter vorwärts zu kommen.

Die Bürsten- und Pinselindustrie im Jahre 1908.

Wohl noch nie hat die wirtschaftliche Krise den Arbeitern so schwere Wunden beigebracht wie im Jahre 1908, und noch jetzt ist kein Ende der Misere abzusehen. Auch die Kollegen innerhalb unserer Industrie wurden davon schwer betroffen, aber statt hier den Ursachen auf den Grund zu gehen, hüllten sie sich in teilnahmslose Gleichgültigkeit. Die Zentralkommission sah sich daher veranlaßt, Material zu sammeln, um die Kollegen über die Wirkung der Krise zu unterrichten.

Wir sahen davon ab, die Lohnverhältnisse der Kollegen zu befragen, da die vom Vorstand herausgegebene Statistik genug Material bietet. Unser Fragebogen erstreckte sich nur auf die Zahl der Beschäftigten, die Organisationszugehörigkeit, die wöchentliche Arbeitszeit, und besonders wurde der Frage Aufmerksamkeit geschenkt, wieviel Wochen und Stunden die Kollegen verkürzt arbeiteten. Außerdem wurde nach vorgekommenen Lohnabzügen und deren Höhe gefragt. Bei all den Fragen wurde Wert darauf gelegt, einmal ein ungefähres Bild von den Zuständen in den einzelnen Sparten zu erhalten. Wenn wir auch zugeben müssen, daß diese Statistik noch manche Mängel aufweist, so liegt die Schuld daran hauptsächlich an den Kollegen, welche trotz wiederholter Aufforderung den Fragebogen nicht eingekandt haben. Die Kommission sandte nur an diejenigen Zahlstellen Fragebogen, in welchen unsere Industrie besteht, insgesamt an 146 Zahlstellen. Von diesen haben nur 90, es der Mühe wert gefunden, den Bogen zurückzusenden. Immerhin dürfte aber das Ergebnis ein Ansporn für unsere Kollegen sein, mehr wie bisher für den Verband zu arbeiten.

In nachstehender Zusammenstellung geben wir zunächst ein Bild von der Zahl der Betriebe in den einzelnen Sparten, der beschäftigten Arbeiter, der Organisationszugehörigkeit und der wöchentlichen Arbeitszeit.

	Bürstenmacherbetriebe	Bürstengölgelbetriebe	Pinselbetriebe	Borstenauszückerbetriebe	Haar-auszückerbetriebe	Gesamte Betriebe
Zahl der Betriebe	312	28	14	9	10	168
Zahl der beschäftigten männlichen Arbeiter	1054	874	112	74	53	2541
Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen	523	85	115	106	40	2170
Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter	126	72	40	10	12	491
Im Deutschen Holzarbeiterverband organisiert	852	200	66	21	14	1873
In anderen Organisationen organisiert	62	16	9	4	6	78
Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit in Stunden	59,5	59,1	56,5	58,4	60,2	58

Insgesamt sind in den 90 Zahlstellen 534 Betriebe mit 4208 männlichen, 3039 weiblichen und 751 jugendlichen Arbeitern. Im Holzarbeiterverband waren von diesen 1883 Kollegen und Kolleginnen nur 2525 organisiert, während 853 Beschäftigte anderen Organisationen angehörten. Durchschnittliche Arbeitszeit betrug 58,8 Stunden.

Zu obiger Tabelle sei noch bemerkt, daß es der Zentralkommission darum zu tun war, die Zahl der einzelnen Betriebe, welche sich nur als sogenannte Spezialbetriebe bezeichnen, festzustellen; alle die Betriebe, welche Pinsel, Borsten und Haare zurichten und zugleich Bürsten

Warnung vor Zuzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
 - Züchtlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Ahrensburg (Egger), Altwasser i. Schl. (Schmidtgen), Amberg, Berkenbrück, Vuer, Dortmund, Duisburg, Gisleben (Schäfer), Friedland in Schlesien (Friedländer Holzwarenfabrik), Fürstenwalde a. d. Spree, Gelsenkirchen, Goslar (Wagner), Günzburg, Hamborn, Helmstedt (Saalfeld), Herford (Herforder Möbelindustrie), Herne, Horst-Emscher, Konitz, Lage in Lippe (Seppmann), Memmingen, Mülheim (Ruhr), Münchenaurach (Wöh), Muskau, Nördlingen, Nürnberg, Oehnhäuser (Krahe, Droste und Ottensmeier), Rathenow, Schwerte, Sensburg, Steinheim i. Westf., Stolp i. Pomm. (Konstantin Deder), Stralsund (Pichelmann), Uetersen in Holstein (Turngerätefabrik Fischer u. Co.), Willingen i. Baden, Wanne, Wildbad im Schwarzwald (Brachhold), Würzshofen, Würzburg, Wien, Meran in Tyrol, Budapest.
 - Schneidern nach Gisleben (Wusch, Wicht), Halle a. S. (Schmidt), Poik, Mühlberg a. E., Nowawes (Körner).
 - Knopfmachern nach Frankenhausen a. Kyffh. (Voigt, Schneider).
 - Drehschnitzern nach Gelsenkirchen (Strauch), Rathenow, Uetersen (Fischer u. Co.).
 - Polierern nach Gelsenkirchen (Staud).
 - Stiftmachern nach Hamburg-Altona.
 - Stellmachern nach Hamburg-Altona.
 - Antennenmachern nach Schmölln in Sachsen-Mttenburg.
 - Mützenmachern nach Offenburg i. Baden (Schuhmacher).

Einzel anfertigen, sind als gemischte Betriebe bezeichnet. Das sind zugleich auch die größten Betriebe mit durchschnittlich 31 Beschäftigten. Auf der anderen Seite sind eigentliche Mützenmachereien meist Zwergebetriebe mit durchschnittlich 5 Arbeitern.

Ueber das Verhältnis der im Deutschen Holzarbeiterverband und in anderen Verbänden organisierten zur Gesamtzahl der Arbeiter gibt die nachstehende Tabelle Auskunft:

Organisiert	Beschäftigte					
	Mützenmachereien	Mützenpolierfabriken	Stiftfabriken	Polierfabriken	Stellfabriken	Gemischte Betriebe
im Holzarbeiterverband	20,6	37,6	24,7	11,0	13,0	35,9
in anderen Gewerkschaften	3,5	3,0	3,3	2,1	5,7	14,5

Insgesamt sind also in sämtlichen Branchen im Holzarbeiterverband 31,5 Proz., in anderen Organisationen 10,8 Proz. organisiert.

Auffallend ist die ziemlich erhebliche Zahl von Kollegen, welche in anderen Organisationen sind. Hier kommen in Betracht der Fabrikarbeiterverband, der Christliche, der Hirsch-Dundersche, der Anstädtsche Verband und die sogenannten Gelben. Diese gelben Organisationen, welche von den Unternehmern gezüchtet werden, haben bis jetzt nur in einzelnen Orten Fuß gefaßt. Es ist aber anzunehmen, daß bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß unsere Kollegen darauf hinarbeiten müssen, daß die Vertreibungen der Gelben, Mitglieder aus unseren Reihen zu werben, zunichte werden und so zu wirken, daß die gelben Vereine, wo sie aufgetaucht sind, auch bald wieder verschwinden.

Die Arbeitszeit ist, verglichen mit den Ergebnissen der allgemeinen Statistik vom Jahre 1906, um etwa 0,2 Proz. zurückgegangen. Das will aber nicht viel besagen. Innerhalb unserer Industrie sind noch Arbeitszeiten zu verzeichnen, daß es unbegreiflich erscheint, wie unsere Kollegen gegen die Organisation so stummstimmig bleiben können. Nachfolgende Tabelle möge dies veranschaulichen:

	Arbeitszeit					
	Mützenmachereien	Mützenpolierfabriken	Stiftfabriken	Polierfabriken	Stellfabriken	Gemischte Betriebe
Maximalarbeitszeit	66	70	60	63	66	66
Minimalarbeitszeit	53	53,5	53	53	53	53,5

Die Frage nach der Zahl der Wochen und Stunden, welche in den einzelnen Betrieben wegen flauen Geschäftsganges und um eventuelle Entlassungen von Kollegen hintanzuhalten, verloren gingen, hatte ein erschreckendes Ergebnis. Die Zusammenstellung ergab insgesamt in Frage umgerechnet: 8077 Tage, davon entfielen allein auf die Zahlstelle Nürnberg, welche speziell unter dieser Art Arbeitszeitverkürzung zu leiden hatte, 6387 Tage. Von 1649 in Nürnberg beschäftigten Kollegen und Kolleginnen wurden 472 von der Arbeitszeitverkürzung betroffen, so daß auf dem einzelnen 18,5 Tage Arbeitslosigkeit entfallen. Wegen wir hier einen durchschnittlichen Lohn von 2,80 Mk. zugrunde, so ergibt sich für die Kollegen und Kolleginnen in Nürnberg ein Verdienstaufschlag von 18883,60 Mk. Rechnen wir hierzu die 1690 Tage von den anderen Zahlstellen im Betrage von 4732 Mk. hinzu, so ergibt sich ein Arbeitsverdienstentgang von 23 615,60 Mk. Welche Entlassungen sich hier, die davon betroffenen Kollegen und Kolleginnen auferlegen mußten, braucht wohl nicht näher erörtert zu werden.

Doch nicht allein unter der Arbeitszeitverkürzung mußten die Kollegen leiden, auch Entlassungen wegen Arbeitsmangel wurden von den Unternehmern trotzdem noch vorgenommen. Von den 7998 Beschäftigten in 534 Betrieben wurden 280 Kollegen aus dem angeführten Grunde entlassen. Die Unternehmer verstanden es, die für sie so günstige Konjunktur auszunützen; wußten sie doch, daß die Arbeiter teilweise nicht so organisiert sind, daß sie Verschlechterungen hintanhalten können, und so wurden die Kollegen in 12 Betrieben mit einer Lohnreduktion von 2-50 Proz. bedacht. Die 50 Proz. traten nur auf eine Sorte ein. Im Durchschnitt kann nach den Angaben behauptet werden, daß das Einkommen der Kollegen in diesen Betrieben um 10 Proz. gekürzt wurde. Selbstverständlich bezieht sich das auf Zahlstellen, in denen die Kollegen keinen Tarif abgeschlossen haben. In den 17 Zahlstellen, in denen Tarife abgeschlossen sind, konnten die Organisationskräfte dank der Organisation aufrechterhalten bleiben.

Die Frage, ob Milzbrandkrankungen vorgekommen sind, wurde von 8 Zahlstellen bejaht. Von insgesamt 13 Erkrankungen sind 2 tödlich verlaufen.

Aus den 90 eingesandten Fragebogen ist ersichtlich, daß nur in 12 Zahlstellen Sektionen bestehen. Die Kollegen sollten ihr Augenmerk darauf richten, überall dort, wo die genügende Anzahl von organisierten Kollegen vorhanden ist, Sektionen zu gründen, um in Branchenversammlungen ihre Angelegenheiten zu besprechen. Aus dem Fragebogen ist ersichtlich, daß, wo eine Sektion unseres Verufs besteht, die Verhältnisse für die Kollegen zum Teil viel bessere sind als in den Orten, wo keine Sektion besteht.

Wenn wir uns das Ergebnis dieser Enquete im ganzen ansehen, so muß man sagen, daß das Jahr 1908 für die Kollegen kein günstiges zu nennen war. Entlassungen, verkürzte Arbeitszeit, Lohnreduktionen, das waren die Erfolge, welche dasselbe brachte. Immer enger wird die Zeit, immer intensiver muß die Arbeitskraft angespannt werden, um für sich und für seine Familie den Lohn zu verdienen, der zum Unterhalt reicht. Aber trotzdem findet man in unserem Verufe eine solche große Gleichgültigkeit, daß man staunen muß. Rafften sich die Kollegen in einem Ort einmal auf, um gegen das unerhörte Ausbeutertum Front zu machen, so ist es in vielen Fällen nur das kurze Aufblühen einer Flamme, die sofort wieder erlischt. Das muß anders werden, verfolgt den Bericht über eure Lage vom vorigen Jahre genau und zieht daraus die nötigen Konsequenzen.

Die Zentralkommission hat davon abgesehen, die Ergebnisse in Form einer Broschüre herauszugeben, empfiehlt aber den Sektionsleitern und Vertrauensmännern sowie Zahlstellenbevollmächtigten, obiges Material zur Agitation verwenden zu wollen.

Soziales.

Der Hansabund.

Der wechselvolle Kampf um die Reichsfinanzreform hat ein bemerkenswertes Ereignis gezeitigt. Am 12. Juni fand im Zirkus Schumann in Berlin eine von etwa 6000 Personen besuchte Versammlung statt, deren Teilnehmer sich aus den verschiedensten Schichten des Bürgertums rekrutierten. Der Zweck der imposanten Kundgebung war ein Protest gegen das übermächtige Agrarier-tum, welches gerade in der zurzeit im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehenden Frage der Finanzreform seine Sonderwünsche zur Geltung zu bringen bestrebt ist. Das Ergebnis der Tagung war die Gründung des „Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie“.

Es sind jetzt 16 Jahre her, daß sich die Agrarier die Organisation beschaffen haben, gegen welche ein Gegenwärtiger zu sein, der neue Stand und bestimmt ist. Damals waren die Agrarier in wilder Wut gegen die Regierung entbrannt, an deren Spitze der Graf Caprivi stand. Der Handelsvertrag mit Oesterreich hatte eine Herabsetzung der Getreidezölle von 5 Mk. auf 3,50 Mk. gebracht und bald darauf trat ein starker Rückgang der Getreidepreise ein, an welchem allerdings die Zollherabsetzung nur zum geringsten Teile schuld trug. Die Agrarier fühlten ihre heiligsten Güter bedroht, schien es doch, als sollte der Staat aufhören, ihnen merkende Ruh zu sein. Ihre Königstreue geriet angesichts des Rückganges der Profite ins Wanken und am 21. Dezember 1892 veröffentlichte der Herr v. Ruprecht-Ransern einen Aufruf, in welchem die Parole ausgegeben wurde: „Wir müssen aufhören zu klagen, wir müssen schreien! Wir müssen schreien, daß es das ganze Volk hört, daß es in die Parlamentsäle und Ministerien dringt; wir müssen schreien, daß es an den Stufen des Thrones vernommen wird!“ Dieses Wort fiel auf guten Boden. Am 18. Februar 1893 fand die Konstituierung des Bundes der Landwirte statt, der es verstanden hat, einen großen Teil der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung um sein Banner zu scharen und den Interessen der ostelbischen Latifundienbesitzer dienlich zu machen. Seitdem treffen sich die Agrarier alljährlich zu Fastnacht im Zirkus Busch in Berlin, wo sie ihre lärmende Parade abhalten. Die Mahnung, zu schreien, haben sie getreulich befolgt und der Stärke ihrer Stimmittel verdanken sie die glänzenden Erfolge, die sie errungen haben. Ist doch seit einer Reihe von Jahren die ganze Reichspolitik auf die Sonderinteressen der Agrarier zugeschnitten.

Nun soll dem Zirkus Busch der Zirkus Schumann entgegengestellt werden. Es war eine recht gemischte Gesellschaft, die sich zur Gründung des Hansabundes zusammenschloß. Als Redner traten neben den Industriemagnaten, die sich seither besonders als Scharfmacher einen Namen gemacht haben, die namhaftesten Vertreter des Bank- und Handelskapitals auf. Daneben ließ man auch einen Innungsbeamten und einen Vertreter der Bankbeamten zum Wort und alle waren darin einig, daß den Uebergriffen der Agrarier entgegengetreten werden müsse. Das Steuer-

programm der Finanzkommission wurde entschieden verurteilt, allerdings nur insoweit es sich als einseitige Belastung des Börsen- und Handelskapitals darstellt. Gegen die Ausraubung der Minderbemittelten durch eine ungeheuerliche Erhöhung der bestehenden und der Einführung neuer indirekter Steuern hatten die Herren nichts einzuwenden; für sie handelte es sich nur um den verhältnismäßig kleinen Teil des von der Regierung angeforderten Betrages, der von den Besitzenden getragen werden soll, und welchen die Agrarier durch die ihnen ergebene Mehrheit der Finanzkommission von sich abzuwälzen bemüht sind.

Alle Redner ernteten stürmischen Beifall, nur der bekannte Scharfmacher Kirsdorf aus Gelsenkirchen, der Vertreter der Bergwerksindustrie, brachte einen Mißton in die Versammlung. Er wollte auch bei dieser Gelegenheit den Scharfmacher nicht verleugnen und gab seiner Abneigung gegen Arbeiterschutz und Sozialpolitik unbeholfen Ausdruck. Innerlich mochten wohl viele Versammlungsteilnehmer mit Herrn Kirsdorf übereinstimmen, aber man fühlte instinktiv, daß die Scharfmacherei an dieser Stelle deplaziert ist. Wenn man den Kampf gegen das Agrarier-tum mit einiger Aussicht auf Erfolg aufnehmen will, dann darf man die Arbeiterschaft nicht brüskieren. Die Milliarden, über welche die in das Bureau der Versammlung berufenen Herren verfügen, sind gewiß eine sehr reale Macht, aber für den Strauß, der jetzt gewagt werden soll, sind die Arbeiterbataillone eine ganz unentbehrliche Hilfs-truppe, und es wäre recht töricht von den neuen Hanfen, wenn sie durch die Scharfmacherei an ungeeigneter Stelle die Arbeiterschaft reizen wollten. Herrn Kirsdorf wurde deshalb durch energische Zwischenrufe recht deutlich zum Bewußtsein gebracht, daß er im Begriff ist, die Zirkel zu stören.

Es hätte aber dessen nicht bedurft. Die Arbeiterschaft weiß, was sie von jenen Herren zu erwarten hat und ihre Entschliebung wird weder durch heuchlerische Liebeswüßdigkeit noch durch unverhüllte Scharfmacherei beeinflusst. Die deutschen Arbeiter bekämpfen das Agrarier-tum zum mindesten mit der gleichen Schärfe wie die Herren vom Hansabund, unter denen sich manche befinden, die ihr antiagrarisches Herz erst in der allerjüngsten Zeit entdeckt haben. Aber viel wichtiger als der Bank darüber, ob das Industrie- und Handelskapital mehr Blüten oder ob auch der landwirtschaftliche Besitz in angemessener Weise zur Steuerleistung herangezogen werden soll, ist uns der Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes. Die Hauptwucht unseres Angriffs richtet sich gegen die 400 Millionen, die durch indirekte Steuern aufgebracht werden sollen, und es hat den Anschein, als sollten die Arbeiter in diesem Kampfe allein stehen.

Ob sich die neue Hansa den großen Aufgaben, die sie sich gesetzt hat, auch gewachsen zeigen wird, bleibt zunächst abzuwarten. Der Bund setzt sich aus recht heterogenen Elementen zusammen. Mögen diese auch in der Gegnerschaft gegen das übermächtige und unverschämte Agrarier-tum übereinstimmen, so dürften die trennenden Momente doch sehr bald in den Vordergrund treten, wenn es gilt, positive Arbeit zu leisten. Der Hansabund will sich vornehmlich bei den Wahlen betätigen. Wenn er bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen noch leben sollte, dann wird er sich in einer recht heißen Situation befinden. Nach den Erfahrungen, die wir seither schon, sogar mit dem am weitesten links stehenden Parteien des Bürgertums gemacht haben, zweifeln wir keinen Augenblick daran, daß der Hansabund, vor die Entscheidung gestellt, viel lieber für den wütendsten Agrarier eintritt, als daß er einem Sozialdemokraten zum Siege verhülfe, obwohl dieser schon auf Grund des eigenen Programms die Anforderungen entspricht, welche der Hansabund nach seiner Erklärung stellt. In der Gründungsresolution heißt es nämlich, daß der Hansabund für solche Kandidaten ein-treten will, welche jeder Schädigung und jeder einseitigen Belastung von Handel, Industrie und Gewerbe entgegenzutreten entschlossen sind.

Die Aufnahme, welche der Hansabund in der Presse gefunden hat, ist recht verschieden. Die liberale Presse aller Schattierungen schwelgt natürlich in Entzücken, während die Presse des Zentrums und der Rechten die neue Gründung mit Spott überzieht. Welche Auffassung die richtige ist, das läßt sich natürlich noch nicht absehen. Wir könnten von unserem Arbeiterstandpunkt es nur begrüßen, wenn sich das Bürgertum wirklich ermannen würde, um gegen die agrarische Pest Front zu machen, aber wir sehen, offen gestanden, in die Zukunft des Hansabundes wenig Vertrauen. Er wird ja noch mitunter von sich hören lassen, auch wohl noch die eine oder andere Demonstration veranstalten, aber wir möchten es bezweifeln, daß die Hansa es in der praktischen Politik zu einer nennenswerten Bedeutung bringt.

Zurzeit entfaltet die neue Hansa eine rege Werbetätigkeit und es ist sehr wohl möglich, daß es ihr gelingt, den Bund der Landwirte an Mitgliederzahl zu überflügeln. Ob es der Organisation aber auch gelingen wird, die ersehnte Macht und den erforderlichen Einfluß zu gewinnen, um dem Uebermut der Agrarier ein Paroli zu bieten, ist nach keineswegs gewiß. Man hat mit den Kraftproben des Bürgertums schon ganz eigene Erfahrungen gemacht. Es sei nur an den Goethebund erinnert, der, allerdings zu anderen Zwecken gegründet, ebenfalls mit gewaltigem Tamtam ins Leben gerufen wurde, um recht bald einem unheilbaren Siechtum zu verfallen. Es will uns scheinen, als stände dem Hansabund ein ähnliches Schicksal bevor.

Der Reichstag hat seine Verhandlungen nach der Pfingstpause am 15. Juni wieder aufgenommen und sich zunächst mit dem interessanten Thema der mecklenburgischen Verfassung beschäftigt. In den besetzten Gebieten des Obotritenlandes herrschen heute noch vormärzliche Zustände. Die Junker herrschen dort als unbeschränkte Herren, und sie setzen jedem Versuch, die Verfassungszustände auch nur im geringsten dem modernen Empfinden anzupassen, den entschiedensten Widerstand entgegen. Das Resultat der von den liberalen Parteien eingebrachten Interpellation über den Gegenstand läßt sich zusammenfassen in die Worte: Es bleibt alles beim alten. Die Junker erklärten, es geht dem Reichstag nichts an, was wir in Mecklenburg treiben, und die Reichsregierung ließ durch den Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg aussprechen, sie hoffe, daß in Mecklenburg noch alles gut werden würde, aber sie denke nicht daran, eine Forderung auf die mecklenburgische Regierung auszuüben.

Nach diesem Vorspiel begann der letzte Akt in dem Trauerspiel mit dem Titel „Die Reichsfinanzreform“. Der Reichskanzler Bülow selbst hielt die Eröffnungsrede. Er sprach recht viel, aber er sagte herzlich wenig. Ueber seine Pläne machte er verschiedene Andeutungen, aber als gewiegter Diplomat versteht er es vorzüglich, durch geschickten Gebrauch von Wörtern seine Gedanken zu verbergen. Nach seiner Rede war man so klug wie vorher. Als Ersatz für die von der Finanzkommission abgelehnten Steuerentwürfe hat die Regierung neue Projekte ausgearbeitet. An Stelle der von der Kommission abgelehnten Nachschußsteuer, welche die Hinterlassenschaft als Ganzes zur Steuer heranziehen wollte und 100 Millionen bringen sollte, soll eine Erbschaftsteuer treten, die nur 55 Millionen ergibt. Der mobile Kapitalbesitz soll durch eine Erhöhung des Effektenstempels getroffen werden, durch welche man 10 Millionen zu erzielen hofft; 20 Millionen soll der Wertstempel bringen, der bei der Beurkundung von Eigentumsübertragungen erhoben wird. Der gleiche Ertrag wird aus der Erhöhung des Wechselstempels und der Einführung eines Scheckstempels erzielt. Und schließlich soll eine Steuer auf Feuerversicherungsprämien 35 Millionen M. bringen. Auch diese letztere Steuer sucht man als eine solche auf den Besitz hin zu stellen, da Prämien unter 5000 M. freibleiben. Es bedarf jedoch wirklich keiner starken Sachkenntnis, um zu erkennen, daß der Feuerversicherungssteuer die Funktion als Besitzsteuer nicht zukommt. Müßen doch sehr viele Objekte verschickt werden, um erinnern nur an verschuldete Gebäude, an die Warenlager der Kaufleute usw., die alles andere sind, als Besitzteile des Versicherten. Die einzige Wirkung dieser Steuer wäre ein starker Rückgang der Feuerversicherungen, der gewiß nicht im Interesse einer gesunden Volkswirtschaft liegt.

Diese neuen Steuerprojekte standen zur ersten Lesung, welche am 19. Juni beendet wurde. In der viertägigen Debatte wurde über die neuen Steuerprojekte im speziellen ziemlich wenig gesprochen; man unterhielt sich über die Finanzreform im allgemeinen, ohne daß es aber zu einer Klärung über die schließliche Stellungnahme der Parteien gekommen wäre. Nur das eine ging aus den Reden hervor, daß der Block nun endgültig begraben zu sein scheint. Bemerkenswert war in dieser Beziehung die Rede des sogenannten Demokraten v. Bayer, der längere Zeit, nicht mit Unrecht, als die feste Stütze des Blocks galt und der sich nun schweren Herzens genötigt sah, diesem Wechselbalg den Totenschein auszustellen.

Die neuen Vorlagen wurden der Finanzkommission überwiesen und dann gab es eine interessante Geschäftsordnungsdebatte. Das Ergebnis derselben war der Beschluß des Reichstags, der im Effekt dahin geht, daß die Weisheit jederzeit berechtigt ist, unter Mitwirkung der Geschäftsordnung die Minderheit zu vernichten. Das Plenum des Reichstags hat die Rechtsbrüche der Finanzkommission gutgeheißen; die Steuerentwürfe der Kommission werden dem Plenum nicht zur ersten Lesung unterbreitet, sondern es wird lediglich in die Beratung des Finanzgesetzes in der Kommissionsfassung eingetreten. Dieser Beschluß des Reichstages dürfte noch schlimme Konsequenzen nach sich ziehen; jedenfalls wird er nicht dazu beitragen, das Ansehen der Volksvertretung zu heben.

Die herrschende Regierung hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veranlaßt, folgende Interpellation einzubringen:

„Beabsichtigen die verbündeten Regierungen angesichts des durch die Teuerung der Lebensmittel verursachten Notstandes weiter Volksteile eine Gesetzesvorlage über eine zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle und der Zölle auf Futtermittel, so wie des § 11 des Poltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 über die Erteilung von Einfuhrscheiden vorzulegen?“

Für die Gefühlswelt unserer konservativen Junker im Parlament ist es bezeichnend, daß sie die Verlesung der Interpellation in der Reichstagsitzung vom 15. Juni mit Hohngelächter aufnahmen. Der Präsident hatte bemerkt, daß er die Interpellation auf die Tagesordnung setzen werde, sobald es die Geschäftsfrage erlaubt. Die Junker haben natürlich an einer Besprechung der Art des Volkes kein Interesse und so kann es sich ihr Organ, die „Kreuzzeitung“, erlauben, zu sagen, daß der Termin für die Besprechung wohl nicht viel vor Weihnachten eintreten wird. Eine solche Verschlebung könnte ja den Herrschenden gefallen, es wird aber dafür gesorgt werden, daß sie ihr Sündenregister noch vorher anhören müssen.

Der erste deutsche Blindentag wurde nach Pfingsten in Dresden abgehalten. Es wurde vornehmlich die Frage diskutiert, wie eine bessere Erziehung und größere Erwerbsmöglichkeit für die Blinden zu erreichen sei. Der Hauptreferent formulierte in 15 Thesen die Gegenwartsforderungen, die im wesentlichen darin gipfeln, daß der Schul- und Bildungszwang gesetzlich durchzuführen sei, sämtliche Bildungsstätten zu verstaatlichen seien und daß ferner durch Einrichtung öffentlicher Werkstätten und Ausbau der sozialen Gesetzgebung die materielle Existenz der Blinden mehr als bisher gesichert werde. Neben anderen Referaten wurde auch ein solches von einem blinden Korbmacher über das Thema: „Was kann man sehen, um den blinden Arbeitnehmern den Kampf um die Existenz zu erleichtern“ gehalten. In der Diskussion hierzu wurde allseitig die Errichtung von Produktiv-

und Einkaufsgenossenschaften befürwortet. Die Tagung endete mit der Begründung eines Verbandes deutscher Blindenvereine; der nächste Kongress soll 1912 in Berlin stattfinden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, und zwar ab 1. Juli: Malchin, 5 Pf., Mitterteich 5 Pf.

Auf die in voriger Nummer erfolgte Ausschreibung einer Redakteurstelle machen wir hierdurch nochmals aufmerksam. Termin für die Einreichung der Bewerbungen ist der 10. Juli.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 26. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 296477 Fritz Weller, Tischler, geb. 17. 12. 85 zu Wareschewen.
- 315517 Johann Haller, Tischler, geb. 1. 10. 83 zu Amberg.
- 375769 Peter Plotowski, Tischler, geb. 13. 9. 76 zu Wischupitz.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.
Der Vorstandsvorsitz.

Ein Konferenz der Schwarzwaldbahnhaltstellen

fand am Pfingstsonntag in Bellingen statt. Vertreten waren 16 Orte durch 30 Delegierte der verschiedenen Branchen. Der Gauvorstand war durch Kollegen Christianfen vertreten. Der erste Punkt der Tagesordnung, Referat von Schönenberger-Schwenningen über Ausbreitung der Gewerkschaftsorganisation im Schwarzwaldbereich und Entwicklungsmöglichkeiten unserer Zahlstellen wurde lebhaft diskutiert und dürfte manche Anregung hinterlassen haben. Die Entwicklung unseres Verbandes in diesem Bezirk war in letzter Zeit nicht allein durch die ungünstige Konjunktur, sondern mehr noch durch die nach der Aussperrung 1907 eingetretene Entmutigung der Arbeiterschaft behindert. Nichtsdestoweniger konnten 3 Zahlstellen gegründet werden (Spaichinger, Trisberg und Neustadt). Der Verlust von 42 Mitgliedern im Jahre 1908 kann auf Betriebs Einschränkungen zurückgeführt werden. Während im Januar 1908 in den 16 Zahlstellen noch 2206 männliche Holzarbeiter in 155 Betrieben beschäftigt waren, ergab im Januar 1909 die Statistik nur noch 150 Betriebe und 2106 Beschäftigte; von diesen sind allein 1140 in 22 Uhrenfabriken bezw. Uhrgehäufschneidereien und Schnitzereien beschäftigt. Organisierte wurden im Januar 1909 festgestellt: 685 Mitglieder unseres Verbandes und 192 in anderen Gewerkschaften. Somit 877 = 41,6 Proz. der Beschäftigten.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Besprechung der Geschäftsfrage und Arbeitsverhältnisse, lag eine Zusammenstellung der Affordpreise der für die Uhrenindustrie in Betracht kommenden Drechslerarbeiten vor. Nach lebhafter Diskussion wurde beschlossen, in ähnlicher Weise wie bei den Drechslern auch für die übrigen Branchen der Uhrgehäufearbeiter eine Affordpreistatistik aufzunehmen unter Berücksichtigung der verschiedenen Arbeitsmethoden und des teilweise noch erhaltenen Mißstandes, eigenes Werkzeug zu stellen, Material kaufen usw.

Für die Schwarzwaldbahn gibt es sehr interessante Ausblicke auf die Zukunft der Holzindustrie und die gegenwärtigen Stand der Holzindustrie auf dem Gebiet. Die Schwarzwaldbahn heimische und früher bedeutende Industrie ist in den letzten Jahren so zurückgegangen, daß über die Hälfte der Kollegen sich anderen Berufen zuwenden mußten und als Fabrikarbeiter ein besseres Auskommen finden, als ihnen ihre Kunst bieten konnte.

Eine sehr eingehende Beratung wurde der Arbeitsnachweisfrage gewidmet und sollen sich die Zahlstellen künftig in Vermittlung arbeitsloser Kollegen sowie in Information über die Geschäfte am Orte gegenseitig unterstützen. Der Zahlstelle Schwenningen wird die Auskunftsstelle überwiesen.

Des weiteren wurde über die zweckmäßige Festlegung von Lokalunterstützungen beraten und anerkannt, daß mit Rücksicht auf den Umstand, daß der große Teil der Mitglieder dieses Bezirks auch bei Ueberstebelung nach anderen Orten doch auf das Schwarzwaldbereich angewiesen ist, einheitliche Einrichtungen erstrebenswert wären. Die bereits in den größeren Zahlstellen Schwenningen, Schramberg, Furtwangen eingeführten Lokalstatuten seien prinzipiell von einem Zuschuß zur Krankenunterstützung ab und sind auf Ausbau der Arbeitslosenunterstützung bedacht, wodurch es gerade im vergangenen Winter möglich war, mit nur 10 Pf. Lokalbeitrag Ersprießliches zu leisten.

Die Aussprache ergab, daß man auch in den übrigen Zahlstellen sich dieses Ziel gesetzt hat. Meinungsverschiedenheiten sind nur in bezug auf die Höhe der Unterstützungsätze vorhanden, sofern sich das nicht schon aus dem niederen Lokalbeitrag ergibt.

Ein Antrag, ein auf die Arbeitsverhältnisse der Uhrenarbeit bezug nehmendes Flugblatt herauszugeben, wurde dem Gauvorsteher überwiesen. Zum Schluß zog Kollege Christianfen das Resümee der Verhandlungen, indem er sich anerkennend über deren Sachlichkeit aussprach und betonte, daß derartige Konferenzen, ohne besondere Kosten zu verursachen, auf unser Verbandsleben sehr anregend wirken können. Von jeder wäre der Schwarzwald ein harter Boden für die Ausbreitung unserer Ideen gewesen. Die heutige Zusammenkunft von Kollegen aus den entlegensten Orten lege Zeugnis ab, daß wir im Laufe der Jahre trotz aller Hindernisse ein gut Stück vorwärts gekommen sind.

Kollegen! Abonniert das Fachblatt für Holzarbeiter.

Korrespondenzen.

Baugen. In der hiesigen Waggonfabrik bestehen recht unheimliche Zustände. Der Betrieb war, trotz des allgemein empfundenen wirtschaftlichen Niederganges voll mit Staatsarbeiten versehen und konnte im letzten Geschäftsjahr 15 Proz. Dividende verteilt werden. Im Laufe der letzten Jahre sind zwar die Löhne etwas gestiegen, aber die Affordpreise sind erheblich reduziert worden. Die jetzigen Preise sind so bemessen, daß nur eingezeichneten Leuten mit allen erdenklichen Vorteilen es noch möglich ist, etwas zu verdienen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß jeder neue Betriebsleiter neue Abzüge bedeutet. So geht es schon einige Jahre lang. So kam am Anfang dieses Jahres als Betriebsleiter ein Herr Sauer aus Königsberg, und mit demselben auch neue Abzüge. Er erklärte einfach, in Königsberg würden die Arbeiten viel billiger, und wenn es nicht paßt, der kann ja gehen. Dabei sind die Königsberger Preise bedeutend besser als die hiesigen. Auch die Behandlung der Arbeiterschaft von Seiten dieses Herrn läßt viel zu wünschen übrig. Da nun infolge der schlechten Preisgang erhebliche Defizits entstehen, zu deren Tilgung die Firma einen etwaigen Ueberschuß sogleich in Abzug bringt, läßt es sich erklären, wie es kam, daß die Firma in letzter Zeit einen wahren Mattenkönig von Gewerbegerichtsverhandlungen auszufechten hatte, meist mit negativem Erfolg für die Firma. Auch ist es bezeichnend, daß viele Arbeiter noch heute auf Bezahlung von Kleidung und eigenem Werkzeug warten, welche Gegenstände bei einem Brande am Anfang dieses Jahres vernichtet wurden. Diese Gewerbegerichtsurteile hatten die Firma veranlaßt, sofort einen Passus in die Arbeitsordnung aufzunehmen, welcher besagt, daß die Direktion sich das Recht vorbehält, entstandenes Defizit jeder Zeit auch von Löhne in Abzug zu bringen. Diese Zumutung wurde von der Arbeiterschaft strikte zurückgewiesen. Hierauf erklärte die Firma, nach genauer Durchsicht der Arbeitsordnung bedürfe sie dieses Passus nicht, denn die Fabrikordnung enthalte schon einen derartigen Paragraphen, auch würde selbiger bei geeigneter Zeit angewendet werden. Es liegt nun an der Arbeiterschaft, dieses gegen die guten Sitten verstoßende Vorhaben der Direktion nicht ruhig über sich ergehen zu lassen. Angesichts dieser Vorgänge rufen wir den Arbeitern zu, treten ein in die Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Brand i. Erzgeb. Die unheimlichen Zustände in der Erzgebirgischen Holzwaren-Industrie Akt.-Ges. veranlaßt die Kollegen, die Werksratkommission zu beauftragen, bei der Geschäftsleitung vorstellig zu werden. Es fanden auch Verhandlungen statt, in welcher Herr Direktor Lorenz versprach, Abhilfe zu schaffen, besonders in der Stuhlbaurei, aus welcher besonders viele Klagen gekommen waren. Herr Lorenz machte es sogar der Kommission zur Pflicht, sich direkt an ihn zu wenden, wenn bei später auftretenden Mängeln die Meister nicht für Abhilfe sorgen sollten. Das ist recht anerkennenswert, aber nicht recht vereinbar mit dem Verhalten des Direktors gegenüber den Kollegen, die seinem Rat gefolgt waren. Bei der Erörterung einer unbedeutenden Differenz hat der Direktor sogar den Werksmeister Siegel direkt angewiesen, noch energischer gegen die Leute vorzugehen. — Im letzten Jahre hat das Unternehmen keine Dividende abgeworfen. Dieses Ergebnis wurde unter anderem auch mit den hohen Löhnen begründet. Dabei stehen die Stuhlbaurei in Brand in bezug auf die Löhne in ganz Sachsen fast an letzter Stelle. Die Maschinenarbeiter verdienen 14 bis 15 Mk., das für verheiratete Arbeiter gewiß kein hoher Lohn. — Kollegen, die Lust haben sollten nach hier zu kommen, werden gebeten, sich zuvor mit der Lokalverwaltung in Verbindung zu setzen.

Frankenhausen. In der Schiffbauindustrie an der Unterweser haben wir in Folge der wirtschaftlichen Krise noch nie vor, wenn auch nicht in demselben verheerenden Maße wie im Jahre 1908, bemerkbar. Die schnellst erwarteten Aufträge sind ausgeblieben. Wo solche in späterer Weise erteilt worden sind, beschränken sie sich auf den Bau kleinerer Fahrzeuge, wie Logger, Schuten und kleineren Küstendampfern. Unter anderem hat die Firma Tecklenborg, wohl zum erstenmal, auch etwas von den Aufträgen des Reichsmarineministeriums, welche kürzlich erteilt worden sind, in Gestalt eines Kanonenbootes abbekommen. Trotz der schlechten Geschäftskonjunktur steht diese Werksratkommission der Finanzierung des Unternehmens in Betracht kommt, neben der Werft von Nidmers wohl am besten mit da. Einestheils mag das seine Ursache in dem Alter und der technischen Ausgestaltung des Betriebes haben und zum andern soll auch die Firma Tecklenborg fidelem Verlauten nach als eine der Höchstfordernden bei Vergütung von Aufträgen gelten. Soweit das letztere in Betracht kommt, braucht man es durchaus nicht zu beklagen, nur könnte man wünschen, daß die Firma ihren Arbeitern und vor allem auch unseren Kollegen das gleiche Recht in bezug auf den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft zugestehen. Das läßt allerdings, wie überall, recht viel zu wünschen übrig. Den gleichen, in Anbetracht der Verhältnisse günstigen Stand hat die Werft von Seebach nicht aufzuweisen. Seit Jahresfrist ist man mit der Errichtung der neuen Werksanlagen beschäftigt. Der alte Betrieb in seiner primitiven Form genügt schon seit langem den Anforderungen nicht mehr. Ob die Werft in ihrer weiteren Entwicklung die Erwartungen erfüllen wird, bleibt heute noch dahingestellt. Die Beschäftigung ist hier wie auch bei der Firma Tecklenborg recht minimal. Die Firma Nidmers unterhält neben der Werft eine eigene, nicht zu unterschätzende Meederei und ist infolgedessen von den Hauptauftraggebern der Unterweserwerften nicht in dem Maße abhängig, wie Seebach und Tecklenborg. Der Grund der Beschäftigung hat hier den vorhin genannten gleichen Stand. Eine steigende Beschäftigung wird sich, wenn auch nicht jetzt, so doch in den nächsten Monaten auf der Werft von Freydis in Einswarden bemerkbar machen. Beim Eintreffen des Eisens aus den Walzwerken, dürften wir dort mit der schnellst erwarteten Einstellung von Arbeitkräften zu rechnen haben. Auf der Delphin-Werft, welche erst kürzlich, nachdem sie im vorigen Jahre der Krise zum Opfer gefallen war, wieder eröffnet worden ist, herrscht zurzeit ein ganz reges Treiben. Vorwiegend werden hier

Motorboote und kleinere Barkassen gebaut. Necht ungünstig hat sich das Jahr 1908 für die Leitung und Aktionäre des Norddeutschen Lloyd's gestaltet. Der zu Ausgang des Monats April der Generalversammlung beigelegte Rechnungsabschluss weist ein ziemlich bedeutendes Defizit auf. Zurückgeführt wird dasselbe auf den im Jahre 1908 zusammengekrumpften transatlantischen Personen- und Frachtverkehr. Die Zahl unserer, in den Betriebswerkstätten des Norddeutschen Lloyd's beschäftigten Kollegen, hat kürzlich eine bedeutende Reduzierung erfahren. Nachdem die im Winter einer Reparatur unterzogenen Schiffe wieder in die Fahrt eingestellt sind, wurden etwa 40 bis 50 Kollegen entlassen. Die Arbeitszeit ist noch auf 5 1/2 Tag pro Woche, unter Ausfall des Sonnabendnachmittags beschränkt. Wie die zurzeit unternommenen Bestrebungen, auf einen der Arbeitszeitverlängerung entsprechenden Ausgleich der Löhne auslaufen, läßt sich zurzeit noch nicht absehen. Dasselbe Bild, wie in der Schiffsbaubranche, bietet sich uns auch hier im Baugewerbe. Die langsame Belebung, welche sich im Monat März und Anfang April auf dem Baumarkte bemerkbar machte, ist einem anbauern den Rückgang wieder gewichen. Die Hoffnungen auf eine gute Saison im Spätsommer oder Herbst sind zurzeit ebenfalls noch recht gering. Alles in allem ist der gegenwärtige Stand des Arbeitsmarktes an der Unterweser kein besonders freudvoll stimmender, berechtigt aber trotzdem nicht zur Mutlosigkeit unter unseren Kollegen. Die Zeit der Krise sollte eine doppelte Mahnung zur unermüdeten Stärkung der Organisation sein.

Dippoldswalde. In der letzten Mitgliederversammlung wurde starke Klage darüber geführt, daß das Umfassen am Orte sehr überhand genommen hat. Vor allem sind es die Kollegen am Orte, trotzdem sie doch wissen, daß die Plätze in der Fabrik, die in letzter Zeit hier entstanden ist, besetzt sind. Den Kollegen, welche dort arbeiten, wird das Arbeitsverhältnis dadurch nur erschwert. Auch in der Holzwarenfabrik Raundorf bei Schmiedeberg scheinen die Verhältnisse nicht gar so rosig zu sein, ist doch hier in letzter Zeit bei intensiver Arbeit ein Wochenlohn von 15 bis 19 Mk. erzielt worden. Als ein Kollege betreffs Zulage vorstellig wurde, wurden ihm, sage und schreibe 2 Pf. Zuschlag zum bisherigen Lohnsatz angeboten, und als er sich damit noch nicht begnügte, wurde ihm sehr energisch die Tür gewiesen. Kollegen, darum unterlaßt auch hier das Umschauen, damit nicht die Unternehmer mit Lohnreduzierungen und Maßregelungen an die Kollegen herankommen. Den reisenden Kollegen wird nähere Auskunft erteilt beim Bevollmächtigten Max Salin, Konsumverein, sowie beim Kassierer Karl Güttl, Freibergplatz Nr. 229, auch wird Reiseunterstützung dafelbst ausbezahlt.

Eisenach. Am 1. April hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hier einen Arbeitsnachweis errichtet, von welchem man annahm, daß er nur für das Baugewerbe gelte, zumal wir hier im Vertragsverhältnis stehen. Nun hat uns aber ein Fall, der sich in der Zurensfabrik (Inhaber Maurermeister Gustav Stein) abspielte, gezeigt, daß dieser Arbeitsnachweis als Maßregelungsbureau dienen soll, welchem man auch die Holzarbeiter unterstellen will. Diefem Veruche müssen wir entschieden entgegenreten, wenn uns auch der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe unterm 4. Juni davon in Kenntnis gesetzt hat, daß er sich dem Arbeitsnachweis für das Baugewerbe angeschlossen habe. An unsere Kollegen richten wir die dringende Bitte, mir unsern Nachweis in Anspruch zu nehmen, der sich im „Fröhlichen Mann“ befindet, und jeden Abend von 7 bis 8 Uhr geöffnet ist.

Freienwalde. Vor Jahresfrist wurde hier die Piano-fabrik von Wenzel u. Müller gegründet. Es herrschen dort recht vorantflutliche Zustände; werden doch den Kollegen Ohrfeigen und Schläge mit Abschnitten und Gummischläuchen angeboten. Am 8. Juni wurde sogar ein Kollege von beiden Chefs angegriffen, weil er keine Papiere verlangte und außerdem wurde er mit Schimpfreden wie: „Lausejunge, Esel usw.“ bedacht. Die ganze Einrichtung der Werkstätte ist sehr mangelhaft, besonders die Wärmefunktionen so vorzüglich, daß ein eintretender Fremder denken kann, er kommt in eine Heringscäucherei. Da sich die Firmeninhaber geäußert haben, sie bekämen, wenn sie wollen, zehn Arbeiter für einen, möchten wir den Kollegen raten, den von der Firma ausgehenden Arbeitergesuchen die nötige Beachtung zu schenken.

Seidenheim. Am 14. Juni hielten wir mit den uns bis jetzt ferngebliebenen Kollegen der Firma Gnaier, der größten hier am Orte, eine Werkstattversammlung ab. Von 12 dort beschäftigten Kollegen waren 11 erschienen. Nach einem einleitenden Referat des Kollegen Herß fand eine lebhaftige Aussprache über die Werkstattverhältnisse dieses Betriebes statt, aus welcher zu ersehen war, daß die Kollegen bis jetzt von Herrn Gnaier nicht allzu liebenswürdig behandelt worden sind. Am Schlusse der Versammlung ließen sich alle 11 Kollegen in den Verband aufnehmen. Den Kollegen von Gnaier rufen wir zu: Seid und bleibt treue Mitglieder unseres Verbandes und beachtet die Versammlungen regelmäßig, dann werden wir auch in der Lage sein, zu gelegener Zeit, geüht auf unsere Organisation, Herrn Gnaier einmal begreiflich zu machen, wie er seine Arbeiter zu behandeln hat.

Lauterberg am Harz. Die hiesige Stuhlindustrie kann sich von der Krise immer noch nicht wieder erholen. Eine größere Anzahl Arbeiter, die früher in den Fabriken arbeiteten, sind jetzt an Erdarbeiten usw. beschäftigt. In den Fabriken selbst wird die wirtschaftliche Krise in ausgiebigem Maße zu Lohnreduzierungen und zur „Einführung neuer Muster“ zu sehr niedrigen Preisen ausgenutzt. Die früher schon nicht verlockenden Verhältnisse in Lauterberg werden durch diese Maßnahmen der hier jetzt allein herrschenden Aktiengesellschaft „Germania“ immer noch schlechter. So bedauerlich die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch an sich sind, ein Gutes haben sie doch schon vollbracht. Sie haben die sprichwörtliche Heimatliebe des Harzer Holzarbeiters ganz bedeutend erschüttert. Was man bisher für fast unmöglich hielt, ist Tatsache geworden. Es sind in den letzten Wochen und Monaten eine ganze Anzahl verheirateter Kollegen abgereist, um draußen in besseren Verhältnissen angenehmer wie bisher leben zu können. Wiederholt konnte in letzter Zeit die hiesige Verwaltung Anträge auf Gehwahrung von

Umzugsunterstützung stellen. Es ist der Abzug hier wohnhafter Kollegen also keine vorübergehende Erscheinung, sondern die Kollegen sind ernstlich gewillt, dauernd von hier zu scheiden, weil die Heimat ihnen keine menschenwürdige Existenz mehr bot. Und das ist recht so. Die Verhältnisse liegen hier einmal so, daß die Arbeitskraft am Orte viel zu billig ist und nur der Abzug einer größeren Zahl von Arbeitern kann die Arbeitskraft des Einzelnen begehrter und dadurch wertvoller machen. Die abziehenden Kollegen werden draußen zweifellos bessere Verhältnisse antreffen als sie hier verlassen haben und dadurch die Trennung von der Heimat leichter ertragen. Der Sache ist durch den Abzug aber ein großer Dienst erwiesen und ist nur zu wünschen, daß demnächst noch mehr Kollegen das Lauterberger „Eldorado“ auf immer verlassen. Aufgabe der Zurückbleibenden muß es dann sein, in zäher Ausdauer die Organisation weiter auszubauen und in sich selbst zu festigen. So mancher unorganisierte Kollege steht uns noch fern und bildet dadurch ein Hindernis für die Besserung der Verhältnisse. Bei diesen Zifferen heißt es einsehen. Durch unausgesetzte Agitation von Mund zu Mund muß Aufklärung in die Köpfe der Unorganisierten gebracht werden. Um dies zu ermöglichen, müssen in Zukunft aber auch die Mitgliederversammlungen besser besucht werden, damit jedes einzelne Mitglied besser aufgeklärt ist über alle Dinge, die in der Organisation vorkommen. Also, Kollegen, gebe dich keiner Kleinlichen Mühsut hin, sondern tue jeder seine Pflicht in der Organisation. Nur dem Mutigen gehört die Welt!

Lemgo. In den hiesigen Wagenfabriken herrschen noch recht rückständige Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Den berechtigten Klagen der auswärtigen Kollegen Rechnung tragend, hat es sich der Gauborsther Gannover zur besonderen Aufgabe gemacht, hier helfend einzugreifen. Leider mit nur recht bescheidenem Erfolg. Im Vorjahr brachte ein mehrwöchentlicher Streik nur eine Lohnerhöhung von 1 Mk. pro Woche. Selbst die bescheidenen Forderungen von 18 Mk. Mindestlohn und zehnstündiger Arbeitszeit mußten infolge nicht genügender Festigkeit der Kollegen zurückgestellt werden. Aus praktischen Gründen sind alle Arrangements in Gemeinschaft mit der Organisation der Schmiede, sowohl voriges Jahr wie auch bisher, geführt worden. Da die Arbeitgeber zum 1. April d. J. die einheitlich zehnstündige Arbeitszeit in Aussicht gestellt hatten, wurde zunächst der Snnungsausschuß vorgeschoben, auch ist es mit Verhandlungen der beiderseitigen Gauborsther versucht worden. Großmütig haben jetzt die Arbeitgeber dem Gesellenausschuß schriftlich mitgeteilt, daß sie ab 1. Oktober dieses Jahres die zehnstündige Arbeitszeit einführen wollen. Sie verlangen dafür aber, daß die beiden Organisationen, unser Verband und der Verband der Schmiede, die vertragliche Versicherung geben, daß innerhalb der nächsten zwei Jahre keinerlei Forderungen gestellt werden dürfen. Hieraus kann man ersehen, wie diese Herren ihre Leute einschätzen dürfen. Den Gesellenausschuß bilden hier insbesondere die Verheirateten beider Branchen. In ihrer Abhängigkeit vom Unternehmer wagen sie es nicht, sich zu organisieren und sich zur Verteidigung ihrer Interessen aufzuraffen. Infolge des Aufses, den Lemgo als Wagenbauort von früher her genießt, kommen aber auch fast ständig eine Anzahl jüngere Leute nach Lemgo, in der Hoffnung, sich hier noch beruflich auszubilden. Darunter auch eine Anzahl sogenannter Meisterjöhne, die vom Vater, der ebenfalls Stellmacher ist, nach Lemgo geschickt wurden, sich zu vervollkommen. Hieraus mögen die übrigen Kollegen ersehen, wie schwer es hält, hier helfend einzugreifen. Die eigentliche Lemgoer Wagenbauerei besteht aus 6 bis 7 Firmen, alle mit Namen Schmidt, die alle miteinander verwandt sind. Es sind kleinere oder mehr Kleinbetriebe, meist mit Schmiede, Stellmacherei, Sattlerei, teils auch noch Lackerei eingerichtet. Durch lange Arbeitszeit, Unwissenheit der Billigen und Jungkräfte, ist es möglich, daß eine 6 bis 7 bis 8 Uhr lange Wagen alljährlich abgefaßt werden, die aber weniger ihrer Qualität, als wegen des niedrigen Preises ihre Wirkung auf den Markt ausüben. Da auch seit einiger Zeit das Angebot jüngerer Kollegen wieder recht stark ist, empfehlen wir unseren Kollegen, sich nicht zu sehr nach Lemgo anzubieten. Diejenigen aber, die gewillt sind, in Lemgo zu arbeiten, mögen es sich auch zugleich mit zur Aufgabe machen, dort zu werden und für Ausbau der Organisation mitzusorgen. Dann wird es auch hier gelingen, die jetzt beklagte Konkurrenz zu beseitigen und den Kollegen zuzugewandene Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Deinhäusen. Infolge der gegenwärtigen Krise dürfte so manchem Kollegen am Orte endlich mal ein Licht aufgegangen sein. Unsere Mitgliederzunahme, welche beinahe das Doppelte ist als im vorigen Quartal, beweist, daß so mancher indifferente Kollege, welcher bisher nur Lohn und Spott für unsere unablässige Agitation hatte, jetzt sich gezwungen fühlt, seine Zuflucht in dem Lager der Organisation zu suchen. Die Differenzen bei der Firma Krohe sind zugunsten der Kollegen beendet und nach zwölfwöchigem Kampfe ein Abzug von 1,20 Mk. pro Woche abgekehrt. Dagegen befinden sich die Kollegen bei der Firma Droste und Ottensmeyer schon die 6. Woche im Kampfe. Wenn wir auch hier mit nur wenigen Kollegen in Frage kommen, dürfte man doch auf den Auslauf der Dinge sehr gespannt sein. Den reisenden Kollegen aber rufen wir zu: Meidet Deinhäusen, denn das Ueberangebot von Arbeitskräften erschwert uns ganz gewaltig unsere Existenz.

Birna. (Sägewerkarbeiter.) In einer am 6. Juni stattgefundenen Versammlung der in Birna und Umgebung in den Sägewerken beschäftigten Kollegen berichtete unser Gauborsther Gerlitz über den Gang der Bewegung in der Firma Kemnitzer. In diesem Betrieb sind auch eine größere Zahl Zimmerleute und Bauhilfsarbeiter beschäftigt. Wegen Vertragsbruch des Unternehmers war es bei diesem zum Streik gekommen, welcher jedoch durch Verhandlungen der beiderseitigen Zentralvorstände zugunsten der Bauarbeiter beigelegt wurde. Dies gab den äußeren Anlaß, daß auch die im Sägewerk beschäftigten und bedeutend schlechter bezahlten Arbeiter einige Forderungen dem Unternehmer übermittelten. Als der Unternehmer diese Absicht merkte, erhöhte er sofort „freiwillig“ sämtliche Löhne um 1 Pf. und bei Einreichung der Forderungen um einen weiteren Pfennig. Alles weitere Entgegenkommen

lehnte er alsdann ab. Bei einer Verhandlung durch den Gauborsther ließ er sich nur noch zu der Erklärung herbei, daß es ihm recht sei, wenn die noch 11 Stunden arbeitenden Kollegen eine halbe Stunde früher aufhören, wie es die Platzarbeiter bereits tun. Er wolle nur den leistungsfähigen Arbeitern noch etwas zulegen, eine allgemeine weitere Lohnerhöhung aber erst dann bewilligen, wenn in den übrigen Sägewerken in Birna und Umgebung ebenfalls eine allgemeine Lohnerhöhung zugestanden sei. In Wirklichkeit sind auch die Löhne bei der Firma Kemnitzer noch etwas höher als bei der Konkurrenz. Dies in Verbindung mit der jungen Organisation veranlaßte die Kollegen bei der Firma Kemnitzer, mit dem mageren Erfolg der Bewegung sich zunächst zu beruhigen. Beachtenswert ist der Ausspruch des Unternehmers bei der Verhandlung, daß er den Gatterstecher und die Maschinenarbeiter in der Leistungsfähigkeit einem Zimmermann und die Platzarbeiter den Bauhilfsarbeitern gleichstelle. Er finde es deshalb selbst sehr ungerecht, daß die Arbeiter auf den Sägewerken bedeutend niedriger entlohnt seien als die Zimmerleute und Bauhilfsarbeiter. Dies läge aber an den Arbeitern in den Sägewerken selbst. Die Zimmerleute und Bauhilfsarbeiter sind sehr gut organisiert, deshalb ist mit diesen Arbeitern ein Vertrag abgeschlossen und die darin festgelegten Löhne müßten bezahlt werden. Die Sägewerkarbeiter hätten keine solche Organisation und deshalb brauche man ihnen auch nicht so hohe Löhne zu zahlen. Er allein könne auch aus Konkurrenzrücksichten keine Ausnahme machen. Leider hat der Unternehmer recht, daß in den vielen anderen Betrieben in Birna, Copitz, Königsstein, Schandau und den Seitentälern der Elbe die Organisation ganz gering ist und deshalb auch noch die traurigsten Arbeitsbedingungen bestehen. — Es wurde hierauf die Wahl einer fünfgleitigen Sektionsleitung für die Sägewerkarbeiter vorgenommen. Goffen wir, daß es gelingt, auch diese schlecht gestellte Branche in der Holzindustrie unserer Organisation zuzuführen. Ein großer Teil dieser Leute ist bereits so bedürftig, daß sie gar nicht mehr wissen, daß es ihnen schlecht geht, deshalb bedarf es schon der rührigsten Mitarbeit aller bereits organisierten Kollegen bei der Agitation, um die Organisation so zu festigen, daß die vom Unternehmertum selbst als schlecht bezeichneten Verhältnisse endlich einmal gebessert werden können.

Stendal. Die Gleichgültigkeit eines großen Teiles unserer hiesigen Mitglieder gegenüber dem Verbandsleben nötigt uns, an die Kollegen die Mahnung zu richten, den Versammlungen eine größere Aufmerksamkeit zu schenken als bisher. Es darf so nicht fortgehen, daß von rund 150 Mitgliedern nur wenig mehr als 30 regelmäßig in den Versammlungen erscheinen. Die größere Teilnahme an den Bestrebungen unserer Organisation ist um so notwendiger, als die Arbeitsbedingungen hier so beschaffen sind, daß eine Verbesserung dringender erforderlich ist. Bei einem Stundenlohn von 36 Pf. ist es nicht möglich, eine Familie in menschenwürdiger Weise zu unterhalten. Die Unternehmer allerdings denken nicht daran, die Löhne freiwillig aufzubessern. Im Gegenteil, sie berufen sich darauf, daß hier viele Arbeiter ein Stückchen Aker haben, welches sie nach Feierabend bearbeiten, und aus dem sie einen Ertrag ziehen, der ihnen als Zubuße zu ihrem geringen Lohn dient. Es ist ja gewiß ganz schön, und vielen Arbeitern dient es gewissermaßen zur Erholung, wenn sie sich nach Feierabend der Pflege eines Gärtchens widmen können. Wesentlich anders liegt jedoch die Sache, wenn man auf den Ertrag aus dem Aker angewiesen ist, für welchen eine verhältnismäßig hohe Pacht gezahlt werden muß. Von einer Gesundheitsförderung kann denn schon nicht mehr gesprochen werden, wenn jeder Augenblick, den man außerhalb der Werkstätte zubringt, der Feldarbeit gewidmet werden muß. Der Ertrag aus dieser Tätigkeit ist gewiß recht angenehm, aber vielfach wird die Menge der Arbeit, mit welcher er erkauft ist, nicht in Rechnung gestellt. Das Schlimmste aber ist, daß, wie auch aus einem uns vorliegenden Schreiben ersichtlich ist, welches ein hiesiger Fabrikant an einen auswärtigen Arbeiter gerichtet hat, die Unternehmer sich auf den Ertrag der Feldarbeit ihrer Arbeiter geradezu berufen, um den niedrigen Lohn zu begründen. Solche unwürdigen Zustände können nur beseitigt werden, wenn sich die Kollegen mehr um den Verband kümmern. Wir erjuchen deshalb die Kollegen dringend, sich vollzählig zur nächsten Mitgliederversammlung einzufinden, welche am 8. Juli bei Wollitz stattfindet.

Zuffenhausen. Unter den hiesigen Mitgliedern ist eine große Lausheit eingetrisen. Die Mehrzahl der Kollegen hält es nicht der Mühe wert, in die Versammlung zu gehen und dort etwaige Mißstände vorzubringen, damit sie beseitigt und ihnen abgeholfen werden könnte. Dabei sieht es in einem großen Teil der Betriebe sehr traurig aus, das hat uns auch das vergangene Frühjahr bewiesen. Mühte doch in der süddeutschen Stuhlfabrik ein zweitägiger Streik infolge dessen, um nur die allerniedrigsten Verhältnisse zu beseitigen; Gäßner u. Sohn wollte die Arbeitszeit durch Einführen von Resperpausen verlängern. In der „Möbel-fabrik Zuffenhausen“ wurde den jüngeren Arbeitern Akfordarbeit aufgeschaltet, um sie nach und nach im ganzen Betrieb einzuführen; das Malwarengeschäft von Fr. Spinger arbeitet anscheinend günstiger mit moralisch etwas verkommenen Leuten, als mit seinen organisierten zum Teil schon sieben Jahre bei ihm tätigen Arbeitern, die indirekt denn auch den Platz räumen mußten. So könnte denn noch eine Reihe von Fällen angeführt werden, wir erinnern nur an die Malwarensperre. Die hiesigen Holzarbeiter haben in früheren Jahren den 1. Mai standlos feiern können, dieses Jahr ließen sich es drei Arbeitgeber nicht nehmen, ihre Arbeiter, zusammen 36, drei Tage auszusperrn. Was die Lohnverhältnisse angeht, muß leider konstatiert werden, daß fast in sämtlichen Geschäften direkt oder indirekt die Löhne heruntergedrückt werden. In den Stuhlfabriken, wo Akford gearbeitet wird, vergeht fast keine Woche, in der nicht versucht wird, die Akfordpreise zu kürzen, was auch zum Teil schon gelungen ist. In den Möbelgeschäften wird den neu eingestellten Kollegen ein derart niedriger Stundenlohn angeboten, daß es ein Skandal ist. An erster Stelle hierin scheint die Firma F. G. Mörgenthaler stehen zu wollen, dort werden auch unsere Kollegen, hauptsächlich die älteren,

die für anständigen Lohn und Behandlung eintreten, so nach und nach entlassen, natürlich nicht aus diesem Grunde, sondern die Arbeit ist einfach zu teuer; wer's versteht, weiß schon! Derartige Mißstände sollten doch die Kollegen aufzurütteln. Mit dem Beitragszahlen allein ist nicht alles getan, die Kollegen müssen aktiv mitarbeiten, die Lokalverwaltung kann nicht alles allein machen. Am 1. Januar 1910 erreicht unser Vertrag sein Ende, die Arbeitgeber richten sich so ziemlich nach unserem Verhalten, das merke sich jeder. Daß wir, wenn es auch mitten im Winter ist, schlecht abschneiden wollen, das wird wohl keiner wünschen. Darum, besuche jeder unsere Versammlungen, damit wieder mehr Leben in die Bude kommt.

Unsere Lohnbewegung.

In Elberfeld-Warmen sind die Stellmacher gemeinsam mit den Schmieden in eine Lohnbewegung eingetreten. Es fanden Verhandlungen mit den Unternehmern statt, die zu einem befriedigenden Resultat führten. An dem Tage jedoch, an welchem der Vertrag endgültig abgeschlossen werden sollte, fand eine Meisterversammlung statt, welche beschloß, die gemachten Zugeständnisse größtenteils wieder zurückzuziehen. Infolgedessen waren die Arbeiter gezwungen, am 14. Juni die Arbeit einzustellen. Der Zugang ist streng fernzuhalten.

In Fürstentum a. d. Spree dauert der Streik un- verändert fort. Die Unternehmer dort sind nun bestrebt, ihre Arbeiten in Verfenbrück anfertigen zu lassen. Ueber diesen Ort ist deshalb auch die Sperre verhängt.

In Goslar glaubt Herr Tischlermeister Wagener durch die christliche streitbrecherische Hilfe wieder oben auf zu sein, wenn ihm innerlich dabei auch zumute ist, wie dem bekannten Greise auf dem Dache. In dieser Stimmung besinnt er sich sogar auf seine Vergangenheit und Kenntnisse unserer taktischen Bestimmungen aus seiner früheren Mitgliedschaft bei uns. Neulich hielt er ein paar Kollegen von uns ein Privatissimum darüber, daß, wenn wir in den ersten acht Tagen nach Ausbruch der Differenzen zu ihm gekommen wären, er nicht abgeneigt gewesen wäre, mit uns in ein Vertragsverhältnis einzugehen. Aber der geschickte Gauborsteher, der noch nicht einmal die Bestimmung kannte, wonach während der ersten Zeit nach Ausbruch der Differenzen Vergleichsverhandlungen angebahnt werden müssen, hätte wohl geglaubt, er, W., käme mit dem Gute in der Hand zu uns und bettete um Wiederaufnahme der Arbeit. Aber soweit wäre er, Gott sei Dank, denn doch noch nicht. Wie „weit“ Herr W. im allgemeinen und in bezug auf seine Bundesbrüderschaft mit den Christen im besonderen ist, das ist Meinungs- bzw. Geschmacksache. Aber daß er sich für hochmügend genug hält, den Deutschen Holzarbeiterverband zu einem Vertragsverhältnis mit ihm verlocken zu können, das ist einfach wieder mal Selbstüberhebung. Was könnte uns Herr W. wohl nach Verlust seiner reichen Güternschaft und all dem, was für ihn darauf nachfolgte, für Garantien in bezug auf seine Vertragsfähigkeit bieten? Ehe wir uns solchen Konsequenzen aussetzen, sagen wir von vorne weg: „Lieber nicht!“ Ein Vertragsverhältnis mit dem Herrn W. ist deswegen auch für uns kein Ziel dieses Kampfes gewesen, sondern derselbe ist geführt worden, weil Herr W. von den Kollegen den Austritt aus unserer Verbande verlangte. Sowie zur Wiedererlangung seiner Girngespinnste. In bezug auf die von uns zur Anwendung gelangende Taktik soll er sich nur die Zeit nicht lang werden lassen, um wieder eine Probe davon zu erfahren. Daß er am wenigsten der Mann dazu ist, uns abzuhalten, immer wieder nachzulassen, dafür hat er bisher den Beweis schon erhalten und wird ihn auch weiter trotz oder vielmehr gerade wegen der diesmaligen Ver- räterei der Christen erhalten. Er hat gerade die richtigen Eigenschaften, diesen Brüdern die Milch der „frommen“ Denksprüche so anzuführen, daß sie ihnen trotz aller mora- lischen Defekte bald widerstehen wird. Wo's in Goslar: Wenn Sie dann noch nicht „hört“ sein sollte — sein nächster Mal für alle Tischler- und Ma- schinenarbeiter bleibt die Werkstätte von Gebrüder Wagener in Goslar auch weiter gesperrt.

In Gr.-Dittersleben bei Magdeburg bestand bisher in der Fürstentumfabrik von O. Delke die 10stündige Ar- beitszeit. Die Kollegen verlangten die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden unter Beibehaltung der seit- herigen Löhne. Herr Delke sträubte sich zunächst, doch be- jamm er sich rechtzeitig und gab dem Verlangen der Kol- legen statt, ehe es zur Arbeitszeinstellung kam.

In Helmstedt ist der Streik in der Saalfeldschen Möbel- fabrik durch Vergleich beigelegt. Die Verhandlungen, die darüber am 3. und 16. Juni im Weisem der beiderseitigen Vertreter der Zentralvorstände geführt wurden, hatten zum Ergebnis, daß die Firma ihre Forderung auf Ab- änderung des Vertrages dahingehend, daß der Einfluß des Arbeiterausflusses ausgeschaltet und bei sämtlichen Arbeitern bei Vergabe von 4 Stück ein Abzug von zehn Prozent auf den Einzelpreis festgesetzt wurde, zurückzog. Andererseits willigten die Kollegen darin, daß bei Vorgabe von 4 Stück in der Kastenmöbelbranche und bei 6 Stück in der Tischbranche in der Regel ein Abzug von 10 Proz. auf den Einzelpreis gemacht wird. So hat also erst wieder der Einfluß der Organisation die Herstellung friedfertiger Verhältnisse da bewirken können, wo alle öffentlichen Ge- walttaten und das Heer der Streikbrecher glaubten, dieselben zu Unrecht der streifenden Kollegen erzwingen zu können.

Da nach den Vereinbarungen die streifenden Kollegen erst alleamt wieder eingestellt werden müssen, bevor fremde eingestellt werden, empfiehlt es sich, daß Tischler, Ma- schinenarbeiter, Polierer, Drechsler und Bildhauer zunächst noch Helmstedt meiden.

In Magdeburg haben die Kollegen in der Sigmundfabrik von C. Badelt einen schönen Erfolg errungen. Herr Badelt suchte die gegenwärtige vertragslose Zeit auszunützen, um durch Sonderabmachungen mit einzelnen Arbeitern Zwi- tracht unter den Kollegen zu säen. Um dem entgegenzu- treten, wurde ihm am 27. April ein Vertrag zur Unter- schrift unterbreitet. Als er sich dessen weigerte, legten alle Kollegen die Arbeit nieder. Schon in der ersten Woche konnte ein bis zum 12. Februar 1912 laufender Vertrag abgeschlossen werden, nach welchem am 11. Februar 1910

die Arbeitszeit auf 53 Stunden verkürzt wird. Innerhalb der Vertragszeit wird der Lohn etappenweise um ins- gesamt 4 Pf. pro Stunde erhöht. Der Mindestlohn für Tischler und Maschinenarbeiter beträgt 50 Pf. Außerdem sind für Ueberzeit- und Sonntagsarbeit Zuschläge von 10 bzw. 25 Pf. pro Stunde vorgesehen. In dem Betriebe sind 20 Kollegen beschäftigt.

In Memmingen hat der Streik der Schreiner manchen Meister, der sich die Folgen des ablehnenden Verhaltens zu wenig überlegte, in eine recht unliebbare Situation ge- bracht. Mit ihren dringenden Arbeiten kopften sie schon den halben Schwabenkreis ab, doch wurden die Herren überall abgewiesen, weil unsere Kollegen die Streikarbeit mit Entrüstung zurückweisen. Da nun auf diesem Wege nichts zu machen war, so haben sie einen gewaltigen Plan ausgeheckt. Durch schwarze Listen sollten die abgereiften Kollegen dem Hungertode preisgegeben werden. Wie eilig die Meister es aber mit Aufstellung der schwarzen Liste hatten, beweist, daß sie drei indifferente alte Gesellen auch aufgenommen, die in Arbeit stehen und Klausreißer spielen; darob nun allerdings lange Gesichter bei diesen Helden. Das Schreiben an die Meister hat folgenden Wortlaut:

„Wertgeschäpster Herr Kollega! Die Mitglieder der freien Schreinerzunft Memmingen erlauben sich, an Sie die ebenso höfliche wie berechtigte Bitte zu richten, von den im untenstehenden Verzeichnis aufgeführten Schreinergehilfen während des ausgebrochenen Schreiner- streiks in Memmingen keinen in Arbeit zu nehmen. (Folgt Verzeichnis; 56 Namen der Gehilfen.) Mem- mingen, den 8. Juni 1909. Karl Fakler, Schriftführer.“

Zur Beruhigung können wir aber konstatieren, daß alle abgereiften Kollegen bereits in Arbeit stehen, denn die meisten Schreinermeister kennen auch ihre „wertgeschäpsten“ Herren Kollegen“ von Memmingen, welche durch Hinweg- fischen von Arbeiten um billigen Preis in üblem Auf- stehen. Der Stand des Streiks ist ein besonders günstiger; in den 13 Betrieben mit 61 Gehilfen arbeiten 2 alte gebrech- liche Kunden. Der Zugang von auswärtig ist ebenfalls recht minimal, es wird der Sieg daher sicher auf unserer Seite sein.

In Muskau befinden sich die Kollegen bei der Firma H. Staats im Streik. Dieser Herr hündigt ganz kuriofen Ansichten. Er hat sich in den Kopf gesetzt, seine Arbeiter reichstreu zu machen, und weil diese sich auf solchen Mump- tiz nicht einlassen, wollte er sie damit strafen, daß er die Akkordpreise um 5—20 Proz. reduzierte. Da er sich jedem vernünftigen Zuspruch als unzugänglich erwies, mußten die Kollegen die Arbeit einstellen. Nur zwei nützliche Ele- mente, Wilh. Krause und Friß Wallat, blieben stehen. Den eifrigen Bemühungen des Herrn Staats ist es gelungen, noch einige weitere Arbeitswillige heranzuziehen, aber die sind auch danach. Daß die Kollegen Streikposten aufgestellt haben, gefällt dem Herren gar nicht, und er hat das Ver- dienst, seine Unzufriedenheit mit der Schlichtigkeit der Tischlergesellen, die nicht reichstreu werden wollen, aller Welt mitzuteilen. Die öffentliche Anzeige bot ihm auch Gelegenheit, seine geistigen Fähigkeiten und seine nicht all- tägliche Geseheskenntnis ins rechte Licht zu rücken, und so braute er sich das nachstehende Injerat zusammen, welches er in einem Lokalblatt abdrucken ließ:

„Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis ge- bracht, daß in meinem Betriebe ein Teil der Arbeiter in den Streik getreten ist. Um einen Zugang Ar- beitswilliger fernzuhalten, hat der sozialdemokratische Streikführer Streikposten zwecks Behinderung der Arbeitsaufnahme aufgestellt.“

Nach § 153 der Reichsgewerbeordnung ist diese Hand- lung strafrechtlich verboten, und erfolgt im Zuwiderhand- lungsfalle eine Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten. Es ist auch bereits wegen derartiger Vergehen gegen einige Arbeiter Strafantrag gestellt worden.

Personen, welcher mir weitere derartige strafbare Handlungen gegen solche Personen verhängt nachweist, daß ich dieselben gerichtlich verfolgen kann, erhält von mir nach rechtskräftiger Verurteilung eine Belohnung von 10 Mk., da nach der Entscheidung des Reichs- gerichtshofes Bd. 57 die Teilnahme an solchen Ausperrungen schadensrechtlich verboten ist.

H. Staats, Görlitzerstr. 108.

Wer nach dieser Probe noch nicht von der geistigen Größe des Herrn Staats überzeugt ist, dem ist nicht zu helfen. Unseren Kollegen aber empfehlen wir, jeder näheren Berührung mit diesem gesezeskundigen Unternehmer sorg- fältig aus dem Wege zu gehen. Am besten ist es, wenn Tischler gegenwärtig überhaupt nicht nach Muskau kommen.

In Neumünster haben vor einiger Zeit die Modell- tischler der Firma F. Rohves die Erhöhung ihres Stundenlohnes um 5 Pf. verlangt. Nach fittigehabter Unterhandlung im Weisem des Gauborsteher ist eine Ein- gung dahin erzielt, daß die Löhne sofort um 2 Pf. und am 1. April 1910 um einen weiteren Pfennig aufgebessert werden. In Betracht kommen hierbei sechs Kollegen.

In Rathenow sind die Kollegen der kleineren Betriebe in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen die Verkürzung der Arbeitszeit von 56 auf 54 Stunden pro Woche, eine Lohnerhöhung um 5 Pf. pro Stunde und 45 Pf. Mindestlohn. Die gleichfalls an der Bewegung be- teiligten Maschinen- und Hilfsarbeiter der Holzbearbei- tungsfabrik von Richter verlangen eine Verkürzung der Arbeitszeit von 62 auf 56 Stunden, 5 Pf. Lohnerhöhung und 35 Pf. Stundenlohn. Diese Forderung ist von Herrn Richter mit dem Angebot beantwortet worden, zur Er- zielung höherer Löhne die Arbeitszeit um 3 Stunden zu verlängern. Die übrigen Unternehmer haben beschloffen, sich auf keine Verhandlungen einzulassen. Daraufhin haben die Kollegen am 19. Juni die Arbeit eingestellt. Der Zugang von Bau- und Möbeltischlern, Polierern, Maschinenarbei- tern, Drechsler und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

In Schmälde befinden sich die im Schuhmacherverband organisierten Holzschuh- und Pantoffelmacher im Streik. Von der Streikleitung wird über den Zugang von Pantinen- machern gestakt und gebeten, den Ort zu meiden.

In Billingen sind infolge Ablauf des Tarifs die Bau- und Möbelschreiner in eine Lohnbewegung eingetreten. Zweck Abschluß eines neuen Tarifs mit angemessener Lohnerhöhung wurden gemeinsam mit dem christlichen Ver- band Verhandlungen mit den Meistern eingeleitet. Diese

nahmen zunächst unsere Vorschläge entgegen und erklärten sich mit Erneuerung des Vertrags einverstanden. In der weiteren Verhandlung jedoch legten die Meister einen Tarif vor, der wesentliche Verschlechterungen enthält. So soll die bisherige Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden auf 10 Stunden verlängert werden (bisher wurden schon 10 Stunden be- zahlt). Eine Lohnerhöhung wird abgelehnt, ebenfalls die bisher bestandene Garantie des Taglohns bei Akford. Damit wird wohl beabsichtigt, die bereits so gut wie abgeschaffte Akfordarbeit wieder einzuführen. Die Kollegenschaft ist entschlossen, diese Absichten zum Scheitern zu bringen und wird um Fernhalten des Zugangs ersucht.

Aus der Holzindustrie.

Eine Wohlfahrtsfirma

ist die Meißtiffabrik A. W. Faber in Stein bei Nürn- berg, die auch in Geroldsgrün eine Filiale besitzt. Der Be- sitzer der Fabrik hat sich durch den Fleiß seiner Arbeiter Millionen gespart und ist fortgesetzt in der Lage, seinen Reichtum zu vermehren. Werden doch in dem Betriebe Löhne gezahlt, die tatsächlich stambalds sind. In Gerolds- grün sind über 300 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, Nach einer vor kurzem aufgenommenen Statistik, die sich allerdings nur auf 222 Personen erstreckt, beträgt der Durchschnittsverdienst pro Tag 1,85 Mk. Die meisten Ar- beiter treten als jugendliche in den Betrieb und erhalten zunächst einen Wochenlohn von 3 Mk. Nach sechs Monaten steigt der Lohn um 50 Pf. und dann weiter alle Halbjahre um 50 Pf., so daß ein Arbeiter, der mit 16 Jahren in die Fabrik eintrat, es bis zum 20. Lebensjahr auf den horren- den Verdienst von 8 bis 8,50 Mk. in der Woche gebracht hat. Wer Soldat gewesen ist, bekommt nach seiner Rück- kehr vom Militär wieder 50 Pf. Zulage, aber dann hat die Steigerung bald ein Ende. Wer einen Lohn von 11 bis 12 Mk. erreicht hat, ist ins Beharrungsstadium einge- treten und hat nur geringe Aussicht, es noch weiter zu bringen. Nach 20jähriger Dienstzeit beträgt der Lohn 13 bis 14 Mk., um nach 25 Jahren die schwindelnde Höhe von 15 Mk. zu erreichen.

Selbstverständlich erhebt die Firma Anspruch, als Wohltäter der Arbeiter gefeiert zu werden, hat sie doch ver- schiedene „Wohlfahrtsseinrichtungen“ geschaffen. So gibt es Fabrikwohnungen, die bei Lösung des Arbeitsverhält- nisses geräumt werden müssen, und die ein treffliches Mittel sind, die Arbeiter in Arnechtigkeit zu erhalten. Dem gleichen Zweck dient auch die Pensionkasse, zu welcher die Arbeiter selbstverständlich Beiträge zahlen müssen, ohne sich aber dadurch irgendwelche Rechte an der Kasse zu erwerben. Wer sich nicht brav duckt, wird hinausge- worfen und die Hoffnung auf die Pension ist dahin und von den eingezahlten Beiträgen sieht er nichts wieder. Natürlich besitzt die Firma auch eine Fabrikkrankenkasse, doch wird hinreichend darauf geachtet, daß deren Leistungen nicht zu stark in Anspruch genommen werden. So werden z. B. schwangere Frauen rechtzeitig entlassen, und dadurch mitunter nennenswerte Ersparnisse im Interesse der Fa- brikkassenkasse erzielt. Bei den horrenden Löhnen müssen natürlich die Frauen der Arbeiter und die größeren Kinder mitbedienen. Ein Teil von diesen geht in die Fabrik, andere bleiben zu Hause und beschäftigen sich mit Filz- stickerei, die allerdings auch nur einen kümmerlichen Lohn abwirft. Oesters hilft auch der Mann an dieser Arbeit, wenn er abends aus der Fabrik heimkehrt. Aber wenn auch tagsüber in der Fabrik und bis in die späte Nacht zu Hause gearbeitet wird, so reicht es doch oft kaum zum Leben. Dafür haben aber die Arbeiter die Genugtuung, zu wissen, daß sich durch ihre Mühe der Reichtum der Firma A. W. Faber unaufhörlich steigert.

Diese befreit sich ihren Lohnsklaven gegenüber der größten Rücksichtslosigkeit. Erst kürzlich hat die Betriebs- leitung wieder Gelegenheit genommen, einige willkürlich herausgegriffene Arbeiter ihre Macht fühlen zu lassen. Am 1. Mai flatterte an einem, auf dem Fabrikgrundstück stehenden Baum, eine rote Fahne, die große Aufregung hervorrief. Daß kein in der Fabrik beschäftigter Arbeiter das Verbrechen begangen hatte, war sofort für jeden Kenner der Verhältnisse klar, und auch die Fabrikleitung hatte in dieser Beziehung keinen Zweifel. Aber sie wollte einmal ein Exempel statuieren. Willkürlich wurden drei Arbeiter herausgegriffen, aufs Montor gerufen und ihnen eröffnet, daß sie entlassen würden, wenn sie nicht binnen zwei Stunden den Missetäter genannt hätten. Dazu waren sie natürlich nicht in der Lage, aus dem einfachen Grunde, weil sie selbst nicht wußten, wer die Fahne aufgesteckt hatte.

Auf diese Weise wurden drei Arbeiter entlassen, die schon 9, 13 und 21 Jahre in der Fabrik beschäftigt waren. Die Fabrikleitung ließ sich ja schließlich von der Schul- losigkeit der Arbeiter überzeugen, aber es blieb bei der Entlassung. Es hieß, daß ein Exempel statuiert werden müsse, damit derartige nicht wieder auf dem Eigentum der Firma vorkommt. Auf den gleichen humanen Stand- punkt stellte sich auch die Direktion in Stein. So schwer auch die Arbeiter von der Entlassung betroffen werden, mußten sie doch mit Weib und Kindern auch gleich die Fabrik- wohnung räumen, so hat dieser Willkürakt doch das Gute, daß er den Arbeitern die Augen öffnet über den Wert der vielgerühmten Wohlfahrtsseinrichtungen der Meißtiffabrik von A. W. Faber. Wenn sie darüber nachdenken, werden sie finden, daß diese Wohlfahrtsseinrichtungen nur dem Unternehmer nützen, dem Arbeiter aber lediglich eine Fessel sind. Wenn wir eine machtvolle Organisation be- sitzen, mittels welcher wir uns unsere Rechte erkämpfen können, dann wird es uns sehr leicht fallen, auf Wohltaten zu verzichten.

Lehrlingsmangel im Korbmachergewerbe. Der Vorstand des Bundes deutscher Korbmacherinnungen hat an sämtliche Verwaltungsbehörden und Handwerkskammern des Deutschen Reiches eine Eingabe gerichtet, in welcher auf den Lehrlingsmangel im Gewerbe hingewiesen und gebeten wird, die Schulbehörden anzuweisen, „die schulentlassene Jugend auch vor allem auf unser schönes Handwerk hinzuweisen.“

Die Tatsache, daß die Zahl der Lehrlinge im Korbmachergewerbe bedeutend zurückgegangen ist, läßt sich nicht bestreiten, wenn auch genaue Daten über die Zahl der vorhandenen Lehrlinge nicht vorliegen. In unserer Statistik vom Jahre 1906 wurden in 359 Betrieben der Korbmacherei unter insgesamt 3297 beschäftigten Personen 157 Lehrlinge und 82 jugendliche Arbeiter gezählt. Diese Zahlen bieten jedoch keinen sicheren Anhalt, weil durch diese Statistik wichtige Gebiete der Korbmacherei gar nicht erfaßt wurden und auch viele Betriebe, in welchen die Lehrlingszucht vornehmlich betrieben wird, infolge der Art der Aufnahme, die wiederum durch den Zweck bedingt war, welcher mit ihr verfolgt wurde, außer Betracht blieben. Wenn man aber auch zugibt, daß die Zahl der Korbmacherlehrlinge zurückgegangen ist, so braucht man deshalb den Gründen, welche der Bundesvorstand für diese Erscheinung ins Feld führt, noch nicht unbedingt beizustimmen; zum mindesten sind die angeführten Gründe nicht ausreichend, um die Erscheinung zu erklären.

Trotz der Anziehungskraft, welche die Großbetriebe auf den jungen Nachwuchs ausüben, gibt es doch noch eine Reihe handwerksmäßig betriebener Gewerbe, welche über Lehrlingsmangel nicht zu klagen haben. Wenn die Korbmacherei nicht zu ihnen gehört, dann ist die Erklärung hierfür wirklich nicht schwer zu finden. Die Korbmacherei ist ein Beruf, der seinen Arbeitern nur ein höchst kümmerliches Brot gewährt. Nach der erwähnten Statistik unseres Verbandes betrug der Durchschnittsverdienst der Holzarbeiter in Deutschland 25,18 M., der der Korbmacher aber nur 20,08 M., und während die Arbeitszeit der Holzarbeiter in ihrer Gesamtheit 57,0 Stunden pro Woche betrug, mußten die Korbmacher im Durchschnitt 59,7 Stunden arbeiten. Dabei ist noch zu beachten, daß die Statistik die Verhältnisse der Korbmacher viel zu rosig schildert, weil eben die schlimmsten Stenbezirke bei der Aufnahme nicht mit erfaßt wurden. Hier ist der Hauptgrund dafür zu suchen, daß die Zahl der Korbmacherlehrlinge so stark zurückgegangen ist.

Man kann es einem sorgsamem Vater oder Vormund nicht verdenken, wenn er es sich gründlich überlegt, ob er seinen Pflegebefohlenen einen Beruf zuführen soll, in welchem es so ungeheuer schwer, wenn nicht gar unmöglich ist, sich als Arbeiter eine menschenwürdige Existenz zu schaffen. Es ist direkt wahrheitswidrig, wenn in der Eingabe behauptet wird: „Die Gesellenlöhne sind derartige, daß ein fleißiger Handwerker, der etwas gelernt hat, wohl in der Lage ist, sich die nötigen Mittel (um sich selbstständig zu machen) während der Gesellenzeit zu ersparen. Die Löhne sind in den weitaus meisten Fällen so niedrig, daß sie oft kaum ausreichen, das nackte Leben zu fristen, und die Korbmacher, die es ausschließlich durch Ersparnisse von ihrem Lohn so weit gebracht haben, daß sie einen eigenen lebensfähigen Betrieb eröffnen konnten, dürften gar rare Vögel sein.“

Dagegen werden es sich die Arbeiter merken müssen, daß der Vorstand des Innungsbundes, der das doch wissen muß, konstatiert, daß sich die geschäftliche Lage im Korbmachergewerbe im allgemeinen gehoben hat und daß dieses Handwerk durchaus imstande ist, seinen Mann sehr wohl zu ernähren. Wenn die Korbmacherei so rentabel ist, wie es da behauptet wird, dann können sich doch die Meister nicht gut dagegen sträuben, auch die Lage der Korbmachergehilfen ein wenig zu verbessern. Je mehr Entgegenkommen sie in dieser Beziehung zeigen, desto leichter wird es ihnen fallen, die nötige Anzahl von Lehrlingen für ihren Beruf zu finden. So lange aber die Korbmachermeister ihre wirtschaftliche Existenz auf den kümmerlichen Löhnen der Arbeiter begründen, kann man die jungen Leute vor der Erlernung des Korbmacherhandwerks nur dringend warnen.

Eine Submissionsblüte ganz eigener Art veröffentlicht die „Nachzeitung“. Bei der engeren Submission über Lieferung von Möbeln für das kaiserliche Reichspostgebäude am Potsdamer Bahnhof in Berlin vom 8. Juni 1909 wurden folgende Offerten abgegeben:

Mäder	5676 Mf.
Beschlow	5447 "
R. Fangauf	4720 "
Bröse, Treptow	4593 "
Gehr. Krabe	3632 "
Strafgefängnis Tegel	2891 "

Das Organ der Holzindustriellen ist, unseres Erachtens mit Recht, darüber entrüstet, daß die Reichspostbehörde das Strafgefängnis zur engeren Submission bei der Vergebung von Tischlerarbeiten heranzieht. Wie Figura zeigt, ist das Gefängnis in der Lage, der freien Arbeit eine Konkurrenz zu bereiten, gegen welche diese unmöglich aufkommen kann. Es wäre übrigens interessant, zu erfahren, wie die Reichspostbehörde ihr Verhalten mit den vom Bundesrat im Jahre 1897 festgestellten Grundsätzen für den Vollzug von Freiheitsstrafen in Einklang zu bringen gedenkt. Im § 22 dieser Grundsätze heißt es: „Die Verwertung der Arbeitskraft der Gefangenen wird so geregelt, daß die Interessen des Privatgewerbes möglichst in der Schonung erfahren. Zu diesem Zweck wird auf die Befolgung übereinstimmender Grundsätze bei der Beschäftigung der Gefangenen Bedacht genommen. . . . unter allen Umständen (ist) aber eine Unterbrechung der freien Arbeit zu vermeiden.“ Wir glauben, daß schlimmer, als es im vorstehenden Submissionsergebnis zum Ausdruck kommt, gegen diese, eigentlich selbstverständlichen Grundsätze nicht verstoßen werden kann.

Bereinigte Werkstätten für Kunst im Handwerk, Mittellgesellschaft, München. Das Unternehmen hat sich hauptsächlich die Schaffung einer großzügigen Organisation für Verwertung moderner künstlerischer Schöpfungen auf

Kunstgewerblichem Gebiete zur Aufgabe gemacht. Wie aus dem Berichte an die diesjährige Generalversammlung der Aktionäre zu entnehmen ist, soll infolge günstiger Entwicklung des Geschäftsganges das Aktienkapital um 850 000 Mf. auf 2 100 000 Mf. erhöht werden. Ein Teil dieses Kapitals soll zur Rückzahlung der Schulden bei Übernahme der Fabrik von Kimmel in Berlin und zum Ankauf der Fabrikanlagen Bremer Wollindustrie in Bremen dienen. Nach Abzug eines Verlustvortrages von 39 620 Mf. vom Jahre 1907 verbleibt ein Reingewinn für das Jahr 1908 von 122 201 Mf., aus dem eine Dividende von 5 Proz. zur Verteilung gelangen soll. Ueber die Entwicklung der einzelnen Betriebe äußert sich der Bericht wie folgt:

München hat den im vorigen Jahre beschlossenen Fabrikneubau durchgeführt. Die Fabrik ist seit Oktober 1908 in vollem Betrieb. Die geschaffenen Anlagen können als mustergültig angesehen werden und arbeiten zur vollen Zufriedenheit. Die Ausstellung am Odeonsplatz ist gemeinsam mit den „Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst“, mit denen die Gesellschaft eine Verkaufsgemeinschaft in München und Berlin verbindet, im November eröffnet worden. Da die neue Fabrik erst im Oktober bezogen und die neue Verkaufsstelle erst im November eröffnet werden konnte, wird München erst in diesem Jahre in der Lage sein, sich voll zu entwickeln.

Berlin hat die im letzten Bericht erwähnte Fabrik der Firma W. Kimmel übernommen. Durch Neueinrichtung einer Massenfabrikation, der sogenannten Typenmöbel, Einrichtung einer Stoff- und Tapetenzentrale für die Gesamtbetriebe, bestand sich Berlin in einem Organisationsjahre. Durch schwierige Verhandlungen mit den Behörden war es erst Ende September möglich, die Verkaufsstelle in der Bellevuestraße, welche die Gesellschaft mit den „Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst“ gemeinsam inne hat, zu eröffnen. Auch Berlin wird daher im laufenden Jahre zum ersten Male unter normalen Verhältnissen arbeiten. Wie München, so hat sich auch Berlin an größeren Ausstellungen mit Erfolg beteiligt.

In Bremen hat sich der Betrieb günstig entwickeln können. Durch große Schiffsaufträge, die in der Hauptsache erst in diesem Jahre zur Ablieferung und zur Abrechnung gelangen, war von vornherein ein ruhiger, rentabler Betrieb möglich. Das große Interesse, welches im übrigen dort dem Unternehmen entgegengebracht wird, verschaffte ihm eine Fülle von guten Privataufträgen, die auch bereits wieder für das nächste Geschäftsjahr vorliegen.

Die Hamburger Verkaufsstelle hat sich normal entwickelt und zufriedenstellend gearbeitet; ein weiterer Ausbau des Geschäftes ist beabsichtigt.

In Köln hat sich die Gesellschaft an der Gründung einer Verkaufsgesellschaft beteiligt. Es wird besonders im Rheinland die Erschließung eines neuen großen Absatzgebietes erwartet.

Die Aussichten für das laufende Jahr werden als durchaus günstig geschildert. In das neue Geschäftsjahr wurde ein Auftragsbestand übernommen, der größer ist als der gesamte Umsatz des Vorjahres.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf um den Arbeitsnachweis im Münchener Baugewerbe.

Nach dem Tarifabschluss im vorigen Jahre errichtete der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe einen eigenen Arbeitsnachweis, trotzdem in München ein allgemeines großes städtisches Arbeitsamt besteht. Der Zweck dieser Maßnahme trat sofort offenkundig zu Tage. Den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes wurde bei 10 Mf. Strafe in jedem einzelnen Falle verboten, Bauarbeiter in andere Betriebe zu schicken als durch den Arbeitsnachweis. Mit Hilfe eines schon bestehenden Bureaus und der Hilfe glaubte man leichter zu einer gelben Gewerkschaft zu kommen, deren Errichtung gleichzeitig in die Wege geleitet wurde. Die organisierten Bauarbeiter blieben jedoch dieser Arbeitsvermittlung fern. Im heurigen Frühjahr führten nun die Differenzen zu einer derartigen Zuspitzung, daß der Bestand der Tarifverträge sehr in Frage gestellt wurde, denn trotz der herrschenden Arbeitslosigkeit suchte der Arbeitgeberverband Arbeiter aus dem Auslande nach München zu ziehen, die aber sofort nach Kenntnisnahme des wahren Sachverhalts wieder abreisten.

Im Magistrat wurde bekannt gegeben, daß der neue Krankenhausbau wegen Mangel an Mauern (11) nicht fertig gestellt werden könne. Das gab unsern Kollegen Rath Veranlassung, im Gemeindefollegium an der Hand der Tatsachen die Scharfmacherpläne gebührend ins rechte Licht zu setzen. Der Arbeitgeberverband sah sich daher genötigt, den Baumeister des Krankenhauses von der Verpflichtung zur Benutzung des Nachweises und der Konventionalstrafe zu entbinden. Nun trat das Einigungsamt des Gewerbegerichts in Tätigkeit, welches nach längeren Verhandlungen, an denen auch die Hauptvorstände der Maurer und Bauhilfsarbeiter teilgenommen, nachstehenden Schiedspruch verkündete:

1. Während der Dauer des Tarifvertrages vom 7. April 1908 ist die Neueinführung aller einseitigen Zwangsmaßnahmen unzulässig, also auch die Schaffung eines Arbeitsnachweises des Verbandes der Arbeitgeber für das Baugewerbe für München und Umgebung, soweit dessen Benutzung für das Eingehen von Arbeitsverhältnissen obligatorisch gemacht wird, ebenso alle Sperren, die von Seiten der Arbeitnehmerorganisationen wegen dieses Arbeitsnachweises verhängt werden.

2. Der Verband der Arbeitgeber für das Baugewerbe für München und Umgebung hat deshalb unzulässig das Vermittlungsmonopol seines Arbeitsnachweises, der Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein München, die hietwegen verhängten Sperren jeder Art aufzuheben.

Nach dem Schiedspruch über die, entgegen den klaren Abmachungen, erfolgte Absperrung der Holzarbeiter, dieser erneute Spruch des Einigungsamtes! Das sollte nun doch bald genügen, die Herren des Arbeitgeberverbandes in München daran zu erinnern, daß Verträge ehrlich eingehalten und loyal auf Treu und Glauben hin ausgelegt werden müssen.

Anträge auf Ausschluß der Gewerkschaftsangehörigen von den Generalversammlungen sind zu dem bevorstehenden Verbandstag des christlichen Vergarbeiterverbandes gestellt. Das nimmt die scharfmacherische „Post“ zum Anlaß für einen böshaften Ausfall, der sich sowohl gegen die Gewerkschaftsbeamten, als auch gegen die Gewerkschaften selbst richtet. Das Blatt schreibt unter der Ueberschrift: „Gewerkschaftsbeamte als Arbeitervertreter“:

„Die Arbeiterorganisationen stellen bekanntlich die Forderung, ihre Beamten als Arbeitervertreter zu den Schiedsgerichten zuzulassen, wie auch der Verleihung des passiven Wahlrechtes für die einzurichtenden Arbeitskammern. Es ist nun die Feststellung interessant, daß die Arbeiter für ihre eigenen Veranstaltungen von einer „Vertretung“ durch Beamte nichts wissen wollen.“

Nachdem das Blatt die zur Generalversammlung des christlichen Verbandes gestellten Anträge zitiert hat, die darauf hinzielen, den Angestellten die Wählbarkeit zu entziehen, fährt es fort:

„Als zu Streitzeiten die Werkbesitzer nicht mit Agitatoren, welche von auswärts verschrieben waren, sondern nur mit Belegschaftsmitgliedern verhandeln wollten, da wurde dieser vernünftige Standpunkt als Herzensmoral charakterisiert. Jetzt haben wir den Fall, daß die eigenen Organisationsmitglieder ihre Interessen nicht den Angestellten des Verbandes, sondern nur den selbst gewählten Delegierten anvertrauen wollen.“

Anträge der fraglichen Art kommen nicht nur bei den christlichen Gewerkschaften vor. Auch der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben solche vorgelegen und auch in unserem Holzarbeiterverband sind sie nicht ganz fremd. Zwar hat sich der letzte Verbandstag mit solchen Dingen nicht mehr zu beschäftigen gehabt, dagegen lagen dem Verbandstag in Köln 1908 mehrere Anträge vor, die sich in der gleichen Richtung bewegten. Diese Anträge wurden auf dem Verbandstage kurzerhand erledigt; sie wurden ohne weiteres abgelehnt. Nicht besser war ihr Schicksal auf dem Verbandstag der Metallarbeiter und auf den Generalversammlungen der übrigen Organisationen, wo solche Anträge gestellt sind, dürften sie auf eine andere Behandlung kaum zu rechnen haben.

Das ist auch ganz natürlich. Es sind immer nur kleine Gruppen von Verbandsmitgliedern, bei welchen sich das Mißtrauen gegen die Beamten in dieser Weise äußert. Die Art, wie die Gewerkschaftsbeamten zu ihren Posten kommen, bietet schon eine hinreichende Garantie dafür, daß nicht Unwürdigen ein weitgehendes Vertrauen geschenkt wird. Alle, ohne Ausnahme, haben sich, ehe sie angestellt wurden, in hervorragendem Maße und oft unter empfindlichen Opfern dem Dienst der Organisation gewidmet und gerade infolge des Vertrauens, das sie sich so erworben, sind sie auf ihren neuen Posten als Beamte berufen worden. Und diese Leute sollten mit dem Augenblick ihrer Wahl des Vertrauens unwürdig geworden sein, sie sollten die Fähigkeit verloren haben, auf der Generalversammlung der Organisation mitzuwirken? Das glaubt kein vernünftiger Mensch. Die Gewerkschaftsbeamten kommen allerdings hier und da mit den Mitgliedern in Konflikt, und zwar hauptsächlich dort, wo das wirkliche oder vermeintliche Interesse einer Zahlstelle oder einer Mitgliedergruppe mit dem Interesse der Gesamtorganisation, welches der Angestellte zu vertreten hat, kollidiert. Bei ruhiger Ueberlegung pflegen sich solche Mißverständnisse später wieder in Wohlgefallen aufzulösen. Ist aber ein derartiger Konflikt kurz vor der Generalversammlung entstanden, dann kann es passieren, daß er seinen Niederschlag in Anträgen der fraglichen Art findet.

Die Methode, nach welcher die „Post“ derartige Mißbrüche der Verärgerung einzelner Gewerkschaftsmitglieder für ihre Zwecke ausnützt, sollte zu denken geben. Scharflich wird die Auslassung des Scharfmacherorgans in das Arsenal der Feinde der Gewerkschaftsbewegung übergeben, und sie wird uns noch öfters vorgehalten werden. Es lag gewiß nicht in der Absicht der Gewerkschaftsmitglieder, die solche Anträge gestellt haben, den Gegnern der Arbeiterbewegung Material zu liefern. Die Art jedoch, wie diese Vorgänge behandelt werden, sollte jedem eine Warnung sein, mit den Kundgebungen, mit welchen er an die Öffentlichkeit tritt, vorsichtig zu sein und sich im Uebermaß nicht zu Maßnahmen hinreißen zu lassen, die der Sache schaden, der er nutzen will.

Täpferer Lokalfisten. In Hamburg sind die Bauarbeiter ausgesperrt und von der Absperrung sind auch einige Mitglieder der lokalistischen „Freien Vereinigung der Maurer Hamburgs“ betroffen worden. Diese maderen Massenkämpfer hatten nun nichts eiligeres zu tun, als sich um Gnade winkend den Scharfmachern zu Füßen zu werfen, wie das nachstehende Schreiben beweist, welches sie an die Unternehmerorganisation gerichtet haben:

„In Anbetracht der jetzigen Lage im Baugewerbe richten wir die höfliche Anfrage an die Bauhütte zu Hamburg bezw. an den „Werkstädtebund“, ob Sie geneigt sind, auf Grundlage des bisher bestehenden Lohn- und Arbeitstarifes mit uns in Unterhandlungen über die bestehende Absperrung der Arbeiter zu treten. Es wird Ihnen ja bekannt sein, daß wir keine Forderung irgendwelcher Art an Sie gestellt haben, trotzdem aber ist ein großer Teil unserer Mitglieder ohne jeglichen Grund an vergangenen Sonnabend aus der Arbeit entlassen worden, bezw. aus ihrem Arbeitsverhältnis herausgewiesen. Um nun etwaige Klagen unserer Mitglieder gegen Ihre Arbeitgeber zu verhüten, haben wir den Wunsch, uns auf friedlichem Wege mit Ihnen zu einigen. Da letzteres selbst der Wunsch vieler unserer Arbeitgeber ist, ersuchen wir Sie höflichst, uns umgehend Nachricht auf unser Schreiben zukommen zu lassen.“

